

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 10. Oktober. Se. Majestät der König haben Allergnädigst ge-ruht: Dem Geheimen Regierungsrath Gebauer zu Posen und dem Ober-Postdirektor Plat zu Bromberg den Roten Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem Steuerinspektor Klapproth zu Salzwedel und dem katho-lichen Beneficiaten resignirten Pfarrer Weyland zu Blankenberg im Sieg-kreise den Roten Adlerorden vierter Klasse, sowie dem Privatdozenten an der Universität zu Berlin, praktischen Arzt Dr. Albrecht den königlichen Kronen-orden vierter Klasse zu verleihen; den Staatsprokurator Möller in Bonn zum Rath bei dem Appellationsgerichtshofe in Köln; und den Staatsanwälts-gehilfen Grashof in Lobsens zum Staatsanwalt in Schubin zu ernennen.

Telegramme der Posener Zeitung.

München, 10. Oktober, Nachmittags. Se. Majestät der König und Ihre Hoheit die Herzogin Sophie sind, wie glaubhaft verichert wird, dahin übereingekommen, ihr Verlöbnis rückgängig zu machen.

München, 10. Oktober, Abends. Das heutige „Pastoralblatt“ der Münchener Erzdiözese veröffentlicht die Immediatvorstellung des bayrischen Episkopats an den König in Betreff der Schulfrage. Das Gesuch bezweckt, wie es wörtlich in dem Schriftstück heißt, „das Recht der Kirche und der Familie zu wahren gegen Bestrebungen, welche, sicherlich zum Unheile der Staatsgewalt, dieselbe zur einzigen und ausschließlichen Leiterin der Schule zu machen bedenken.“

Darmstadt, 10. Oktober, Mittags. Die Königin von Preußen ist von Weimar kommend hier eingetroffen. Ihre Majestät nimmt das Dejeuner bei der großherzoglichen Familie und setzt um 3 Uhr die Reise nach Baden-Baden fort.

Wien, 10. Oktober, Nachmitt. Das Unterhaus des Reichsraths nahm in seiner heutigen Sitzung das Wehrgezetz mit einigen Ämendements in der vom Ausschuss vorgeschlagenen Fassung an. Das Oberhaus des Reichsraths hat eine Kommission zur Berathung dieser Vorlage ernannt.

Pest, 10. Oktober. Die Deputirtentafel hat den vom Finanzminister eingebrachten Gesetzentwurf betreffend die Eisenbahn-Anleihen einstimmig angenommen.

Triest, 10. Oktober, Nachmitt. Überlandpost. Hongkong, 28. September. Aus Singapore wurde vom 7. v. M. gerüchtweise gemeldet, der Taifun von Japan habe zu Gunsten seines Bruders abgedankt. Der spanisch-chinesische Handelsvertrag ist ratifiziert.

Petersburg, 10. Oktober, Nachm. Die offizielle „Nor-dische Post“ versichert, daß beabs. des Verkaufs der Nikolaibahn die Aktionäre der großen Eisenbahngeellschaft zu einer Versammlung berufen werden sollen. Die Obligationen der Nikolaibahn werden erst im Jahre 1869 emittiert werden, da die aus der letzten Anleihe vorhandenen Summen ausreichen, um die in diesem und dem nächsten Jahre nöthigen Bauten zu decken.

Stockholm, 10. Oktober, Abds. Der diesseitige Gesandte am kgl. preußischen Hofe, Kammerherr v. Sandströmer, ist nach Berlin abgereist. — Die Genebung des Königs macht rasche Fortschritte. — Nach Berichten aus Haparanda ist dort der Winter bereits völlig hereingebrochen; in Folge des diesjährigen Miswachses liegt man die lebhaftesten Befürchtungen vor einer Hungersnoth.

Paris, 10. Oktbr. Der „Etandard“ gesteht die Authentizität des Briefes des Kaisers an La Valette zu, und hebt hervor, daß die Politik des Kaisers gegen Deutschland stets von Gefühlen für den Frieden und die Unabhängigkeit des Volkes eingegeben sei, ohne sich durch nationalen Ehrgeiz oder die Gewalt der Verhältnisse zu einer ungerechten Kritik ablenken zu lassen.

Kammer-Öffnung am 18. November.

Wien, 10. Oktober. Die „Presse“ schreibt: Es handelt sich gegenwärtig um die Zustandekommen einer Entente zwischen Frankreich, Österreich, England und Preußen, um Aufstand von einseitigem Vorgehen in der orientalischen Frage friedlich abzuhalten, wie überhaupt die schwedenden europäischen Fragen übereinstimmend zu lösen. Die projektierte Reise des Hrn. v. Beust nach London hängt angeblich hiermit zusammen.

Die römische Angelegenheit.

Die heutigen Pariser Nachrichten lauten der Erhaltung des Friedens günstig. Louis Napoleon werde in Rom nicht intervenieren. Schon vor Ankunft des Ritters Nigra in Biarritz, dessen Sendung einer zweiten französischen Expedition entgegenwirken sollte, habe der Entschluß des Kaisers festgestanden. Modifizierungen der September-Konvention werden nicht mehr für angemessen gehalten, da der vorhergehene Fall einer Invasion des Patrimoniums Petri eingetreten sei. Eine Ministerveränderung steht vorläufig nicht bevor, Marquis de Moustier bleibt also. Man hat Urnäfig zu glauben, daß die Anwesenheit des Grafen Golz in Biarritz nicht ohne einen Anteil an dieser Wendung ist. Der Kaiser scheint nicht seine Popularität durch die Intervention in Italien auf's Spiel zu setzen, zu liberalen Reformen im Innern zu schreiten. Diese Reformen würden ungefähr so viel bedeuten, als Friede mit Deutschland.

Italien und der Papst werden sich somit selber überlassen bleiben. Wenn die Nachricht, daß Matazzi damit umgehe, ob mit Napoleons Einverständnis oder nicht, darüber verlautet nichts, einen europäischen Kongreß zur Lösung der Frage zu berufen, so wird letzterer es wahrscheinlich doch mit fertigen Thathachen zu thun haben. An sich ist die Frage ohne Zweifel geeignet, einem Kongreß vorgelegt zu werden, schon aus Rücksicht auf die „Lücken“, welche nach der Meinung der „Kreuzzeitung“ durch den Sturz einer tausendjährigen Herrschaft entstehen müßten.

In Wien haben, wie ungarische und böhmische Blätter wissen wollen, die Nachrichten aus Paris über die friedliche Wendung der französischen Politik Bestürzung hervorgerufen. Allerdings würde die Annahme des Nouher'schen Programms das österreichische Kaiserreich vollständig isolieren; denn es ist nicht gut zu denken, daß Frankreich seine Beziehungen zu demselben bestätigen wird, wenn es von einer Aktion in Italien absieht. Die Berichte des Generals Fleury über die österreichischen Armeen Verhältnisse haben ohnehin das Vertrauen Louis Napoleons auf Oestreich völlig herabgestimmt. Der General soll in Wien erstaunt gewesen sein über das Pflegma, mit welchem die Reform der Heeresbewaffnung vor sich geht, während er in Berlin lebendige Kraft und Thätigkeit vor sich sah.

In der in Wien eingegangenen französischen Depesche soll demnach zunächst auf die Beobachtungen und Erfahrungen des genannten Generals und diesen gegenüber auf die neuen Geftaltungen hingewiesen sein, welche aus der jetzigen Spannung in der gegenseitigen Stellung der Großmächte zu einander hervorgehen könnten. Diese Spannung zu vermehren, scheint Louis Napoleon nicht entschlossen, selbst wenn die österreichische Armee seiner Inspektion unterworfen würde. Das neuerdings von verschiedenen Seiten an ihn gestellte Verlangen, ihr ein Ende zu machen und das öffentliche Vertrauen wieder aufkommen zu lassen, muß endlich Eindruck auf ihn gemacht haben.

So schrumpfen denn selbst die Nachrichten, welche man gestern in Wien über Abänderung der September-Konvention hatte, heute merklich zusammen. Was dem österreichischen Kabinete darüber zugekommen, röhre, heißt es, bloß aus vertraulichen Mittheilungen seiner an verschiedenen Höfen beglaubigten diplomatischen Agenten her und sei nicht ausreichend, ihm die Annahme einer bestimmten Stellung zu der Angelegenheit zu gestatten. Wie die Dinge augenblicklich im Kirchenstaate liegen, kann in der That von Aenderungen der September-Konvention nicht mehr die Rede sein, sondern nur noch die Frage entstehen: Intervent Frankreich oder nicht? Es ist um so glaublicher, daß der Kaiser sich für die Negative entschieden hat, da der bewaffnete Konflikt weit genug vorgeschriften ist, um einer Intervention, wenn sie beliebt würde, zum Anlaß zu dienen, bisher aber in Frankreich Anstalten dazu nicht gemacht werden.

Wir schließen diese Bemerkungen mit einer soeben eingegangenen Depesche aus Rom vom 9. d. und einer aus Florenz vom 10.

Die Freischaaren, welche bei Valentano (Del. Biterbo) gefochten, erhielten Verstärkungen und beabsichtigen sich bei Farnese zu verschanzen. Päpstliche Truppen wurden nach Caprarola, Feriano, Bombaro entsendet, sie fanden überall Insurgentenhanfen. Nach dem „Osservatore Romano“ versuchte eine Bande von 600 Mann Veroli zu besetzen.

Florenz, 10. Oktober. Nach der „Reforma“ ist in Frosinone der Aufstand ausgebrochen. Päpstliche Truppen marschieren gegen Campagnano. Die italienische Regierung ließ mehrere Garibaldiner verhaften.

Deutschland.

Prußen. □ Berlin, 10. Oktober. Die preußischen Garde-Regimenter werden bei der Rekruten-Einstellung in diesem Herbst weit schwächer als sonst bedacht werden, da für dieselben kraft ihres stärkeren Friedensstandes die komplette Kriegsstärke überwiegend bereits gedeckt ist, von der Regierung aber vor Allem Wert darauf gelegt wird, diese auch für die Linientruppen und namentlich für die neuerrichteten Linien-Regimenter gesichert zu wissen. Ebenso wird zu demselben Zweck auch für das nächste Jahr noch kein Übergang der Reserve-Mannschaften zu der Landwehr statt-haben. Die Organisation der Norddeutschen Armee, deren Abschluß bereits offiziell ausgesprochen worden ist, hat für ihre Ausführung wenig über ein Jahr in Anspruch genommen; die Leistungen während dieses kurzen Zeitraums aber stellen sich in Ziffern ausgeprägt folgendermaßen: Neuerrichtet sind worden (die Neubildungen bei dem sächsischen Armeekorps und den Kontingenstruppen hier, wie auch späte bei den Umformungen, immer mit inbegriiffen) 62 Bataillone, 143 Eskadrons, 44 Batterien, 14 Festungs-Artillerie-Kompanien, (dabei 2 sächsische), 3 Bataillone und 3 Kompanien Pioniere und 4 Trainbataillone, wie zusammen in den annectirten preußischen und in den Bundesländern 49 Landwehr-Bataillons-Bezirke. Reorganisiert und zum Theil durchaus umgebildet sind zusammen 21 Infanterie-Regimenter und 5 einzelne Bataillone, oder zusammen 61 Bataillone, 11 Kavallerieregimenter u. 27 Batterien, wobei sich jedoch die hierunter mit enthaltenen Neubildungen schon in den obigen Ziffern mit inbegriiffen befinden. Aussererst resp. eingeübt auf preußischem Fuß sind in dem gleichen Zeitraum worden: 19,000 mit den ameiktirten Ländern übernommene Reserve, 21,000 mit der Auflösung der hannoverschen, furthessischen und nassauischen Truppen in die preußische Armee eingestellte Soldaten und in dem Jahrgang von 1866 zu 1867 112,000 Rekruten (statt 63,000, welche nur die regelmäßige Quote gebildet hätten). Nicht minder ist auch die neue Bewaffnung bei den sämtlichen Feldtruppen vollständig zu Ende geführt worden und bei der Landwehr ungefähr bis zu einem Drittel vorgeschriften. Desgleichen darf der Abschluß der neuen Artillerie-Ausrüstung für die gesamte Norddeutsche Armee spätestens bis zum nächsten Frühjahr mit Bestimmtheit erwartet werden, und gewiß muß man Angehörige dieser immensen Arbeiten und Anstrengungen anerkennen, daß das preußische Kriegsministerium nicht gefeiert hat, um seinerseits das in die Hand genommene deutsche Einigungswerk vor jedem fremden Gelüste und Belieben sicher zu stellen. — Genau mit dem dafür

Inserate
1¼ Sgr. für die fünfgeschal-tene Seite oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedi-tion zu richten und werden für die an demselben Tage er-scheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags an-genommen.

festgesetzten Termin am 1. Oktober ist von den beiden Mecklenburg der Abschluß des Organisationswerks für ihr Kontingent hier ge-meldet worden und befinden sich von sämtlichen Kontingenstruppen in Hinsicht der neuen Organisation nunmehr nur noch das oldenburgische Dragoner- und das braunschweigische Infanterie- und Husaren-Regiment im Rückstand, von welchen das erstgenannte Regiment aber seine neue Formation ebenfalls binnen wenigen Tagen beendet haben dürfte.

△ Berlin, 10. Oktober. Durch Artikel 61 der Bundesver-fassung wird bestimmt, daß sofort nach erfolgter Publicirung der Verfassung die preußische Militärgezegebung im ganzen Bundesge-biet zur Einführung gelangen solle. Das Bundespräsidium ist be-kanntlich mit dem wichtigsten Gesetzentwurf in dieser Richtung, dem über die Verpflichtung zum Kriegsdienst, vor dem Bundesrat und den Reichstag getreten. Demnächst sollen durch das Bundesgeset-zblatt die preußischen Militärgezege veröffentlicht werden, deren Ein-führung schon jetzt als nothwendig erachtet wird. Die Publikation wird sich erstrecken auf das Militärstrafgezetz und dessen Ergänzun-gen, das Gesetz über Unterstützung der Landwehrfamilien, das Servis regulativ, das Invaliden-Verjörgungsgezetz, das Gesetz über Kriegsleistungen und das Gesetz über Stellung der Mobilmachungs-pferde. — Im Anschluß an die Bestimmungen der Verfassung über die Flagge der Schiffe hat der König für die Flagge der Kriegs- und Handelsschiffe, so wie für die Flagge der Staatschiffe nähere Bestimmungen getroffen. Auf der Kriegsmarine ist bekanntlich die Bundesflagge bereits aufgehängt worden und in Bezug auf die Kauf-fahrzeitschiffe liegt der betreffende Gesetzentwurf dem Reichstag vor. Mit der Publication dieses Gesetzes wird beabsichtigt, gleichzeitig eine die nähere Bezeichnung der Bundesflagge betreffende Verord-nung zu erlassen. — Für die Bezeichnung der höheren Verwaltungs-stellen in Kassel und Wiesbaden ist schon früher einiges geschehen; in nächster Zeit wird nun auch die Bildung der dortigen Regie-rungskollegien erfolgen. Auch die Regelung der hannoverschen Ver-waltungsverhältnisse, namentlich in Hinsicht der darauf bezüglichen Personalien steht nahe bevor.

Graf Bismarck ist gestern aus Pommern zurückgekehrt und hat heute schon wieder der Reichstagsßßlung beigewohnt. Am Sonnabend wird er dem hier abzuhaltenen Geschlechtsstage der Familie Bis-marck präsidieren und zur Feier desselben ein Diner veranstalten. Die Nachricht, daß er später nach Baden gehe, hat bis jetzt noch keine Bestätigung erhalten. — Im Finanzministerium ist die Abrechnung über die gemeinschaftliche Übergangsabgabe von Tabakblättern und Tabaksfabrikaten für das erste Semester dieses Jahres zusammen-gestellt. Die Abgabe hat die Gesamtsumme von 57,763 Thlr. ergeben. Hieron hat Preußen in seinen alten Provinzen 32,481 Thaler eingenommen und erhält für diese als seinen Anteil 42,843 Thaler. Außerdem hat Preußen noch für Hannover 4255 und für Kurhessen 1551 Thlr. zu empfangen.

Die Geh. Oberregierungsräthe Heise und Weizhaupt sind ver-gangene Woche nach Thüringen gereist, um mit der Direktion der Thüringischen Eisenbahngesellschaft wegen Übernahme des Baues der Eisenbahnen Gera-Saalfeld-Giechicht und Zeiz-Leipzig zu unter-handeln und zwar nach Maßgabe der mit den betreffenden Re-gierungen abgeschlossenen Verträge. Dem Vernehmen nach ist ein Einverständnis über die Bedingungen, unter denen die Gesellschaft die Baukommission erhalten soll, zwischen den Bevollmächtigten der Regierung und dem Verwaltungsvorstande der Gesellschaft erzielt worden. Die Bedingungen bedürfen nur noch einer näheren For-mulirung und demnächst der Zustimmung der Generalversammlung der Gesellschaft so wie der Staatsregierung und der Landesver-tretung.

— Ihre Majestät die Königin reiste, wie aus Weimar ges-meldet wird, mit dem Geselde bereits in der Nacht zum Donnerstag nach Baden-Baden zurück und dorthin folgt heute Se. Maj. der König, welcher bis zum 19. Vormittags in Baden-Baden verweilen und Tags darauf in Berlin eintreffen wird. Der japanische Prinz verweilt noch immer am Rhein und wird, sofern er sich von dort nicht zum Könige nach Baden-Baden begiebt, bei seiner An-kunft in Berlin wahrscheinlich von dem Kronprinzen empfangen werden.

— Wie die „Ulmer Schnellpost“ meldet, drohte Sr. Majestät dem König Wilhelm auf seiner Eisenbahnfahrt bei Gippingen (Württemberg) große Gefahr. Ein von zwei Kühen gezogener Wagen fuhr über die Bahn, als der Extrazug heranbrauste. Er traf die hintere Hälfte des Wagens und warf ihn um. Ein Kind, welches darauf saß, wurde hinweggeschleudert und brach den Arm. Dem Extrazuge stieß nichts zu, so daß er seinen Weg ohne Unter-brechung fortfahren konnte.

— Aus Bayern schreibt man der „Böß. Ztg.“: Die Reise des Königs von Preußen hat in Augsburg und Nürnberg zu sehr lebhaften Demonstrationen zu Gunsten der Einheit Deutschlands mit dem König von Preußen an der Spitze geführt. Besonders bedeutungsvoll sind diese Demonstrationen in Nürnberg gewesen, wo eine schon einige Tage vorher abgehaltene Volksversammlung durch die Haltung der Redner wie durch ihre Resolutionen bewiesen hatte, daß es der Hauptstadt Frankens ein wirklicher Ernst mit dem Wunsche ist, Deutschland durch den Anschluß der Südstaaten an den Nordbund vollständig geeinigt zu sehen. In Augsburg ist der junge König von Bayern selbst Zeuge dieser Demonstrationen ge-wesen und wird aus denselben hoffentlich die Kraft gewonnen ha-ben, der Abenteuerpolitik einer sogenannten katholischen Liga, d. h. einer Allianz zwischen Österreich, Frankreich und Bayern gegen Preußen und Russland zu widerstehen, die von der ultramontanen Partei betrieben wird.

— Am 9. d. M. hat in der Schlosskapelle zu Teplitz die kirchl. Feier der Vermählung Ihrer Durchl. der Prinzessin Matilde Adelheid, ältesten Tochter Sr. Durchl. des Generals der Infanterie z. D. Fürsten Wilhelm Radziwill, mit Sr. Durchl. dem K. K. General à la suite Prinzen Hugo zu Windisch-Graetz stattgefunden.

— Die Erfahrungen im vorsährigen Kriege haben in Preußen den Beschluß zur Reise gebracht, im Kriegsmedicinalwesen nicht unerlässliche Reformen vorzubereiten und in möglichster Fülle eintreten zu lassen. Der „Allg. Blg.“ wird darüber Folgendes mitgetheilt:

Das Kriegsmedicinalwesen wird ein besonderes Departement im Kriegsministerium bilden, aus drei Abtheilungen bestehen, deren erste das Lazarettsystem, die zweite die Personallisten und die dritte die Statistik umfassen soll, welche zugleich ein kriegsärztliches Journal herausgeben und redigieren wird, in welchem die Kriegshygiene vor allem ins Auge gesetzt werden darf. Sämtliche drei Abtheilungen dieses Departements werden unter der Leitung des Generalstabsarztes der Armee stehen, welcher, wie bisher, der oberste Chef der Militärärzte und des Kriegsmedicinalwesens sein wird. Jedes der 13 Armeekorps wird einen Generalarzt nach wie vor behalten, jede Division während der Dauer eines Krieges einen Divisionsarzt erhalten, der besonders die Krankenträger-Kompanien und die Hilfsleistungen für die Verwundeten auf dem Schlachtfeld überwachen und leiten soll — kurz, es werden die nötigen Maßnahmen eingeleitet werden, daß jedes Armeekorps alles erhält, was zur Pflege und Hilfe der Kranken und Verwundeten unentbehrlich ist. Jedes Infanterie-Regiment wird einen Oberstabsarzt, zwei Stabsärzte und sechs Assistenzärzte haben, jedes Artillerieregiment (drei Bataillone) wieder, wie nach dem Befreiungskriege von 1813—15, einen Oberstabsarzt und die nötige Zahl von Assistenzärzten erhalten, jedes Kavallerieregiment aus 5 Schwadronen einen Oberstabsarzt und 2 Assistenzärzte haben, sowie auch die Jägerbataillone und Abtheilungen des Geniemens mit der nötigen Zahl von Ärzten verfügen sein werden. Die Gesamtzahl der Ärzte in der preußischen Armee wird 1165 sein, wozu noch die zur Kriegszeit in größerer Zahl beigezogenen Civilärzte kommen. Zu Divisionsärzten sollen vorzugsweise die dirigirenden Ärzte der größeren Friedens-Garnison-Hospitäler verwendet werden, welche während der Dauer eines Krieges wohl überall mehr oder weniger frankenlehr sein dürfen, daher der Verwendung dieser Chefarzte als Divisionsärzte in der Kriegszeit nichts entgegenstehen dürfte. Da der Natur der Sache nach nur wenigen von den im Lande verbreiteten und zum großen Theil in kleinen Provinzialstädten lebenden Militärärzten die Gelegenheit geboten ist, sich als praktische Chirurgen, namentlich als Operatoren auszubilden, und sich so ganz auf der Höhe der Wissenschaft, besonders der operativen Chirurgie, zu erhalten, was für eine kriegsführende Armee aber ebenso wünschenswerth als unentbehrlich ist, so soll von Zeit zu Zeit einer größeren oder geringeren Zahl von Militärärzten die Gelegenheit verschafft werden, in größeren Hospitälern und an entsprechenden Lehrinstituten sich praktisch zu vervollkommen. Das Elaborat dieses Reformvorschlags liegt gegenwärtig der höchsten Stelle vor und man hofft, daß es spätestens zu Neujahr, vielleicht hier und da modifiziert, ins Leben treten dürfe. Man erwartet auch, daß der militärärztliche Stand in Folge des neuen Reglements alsdann eine analoge Stellung wie das Sanitätspersonal erhalten und einnehmen werde, so daß demgemäß in der preußischen Armee alle Chargen vom Sanitätslieutenant bis zum Sanitätsgeneral mit entsprechenden Gehalten existieren werden. Einer solchen zeitgemäßen Reform sollen nur vereinzelte höhere Militärs sich abhold zeigen; doch hofft man, daß es diesen nicht gelingen werde, den Fortschritt zu hemmen. Auch dem Feldlazarethwesen steht eine Reform namentlich eine Vereinfachung bevor, was nur zu wünschen und zu billigen sein würde; es soll in der Folge zwischen schweren und leichten Feldlazaretten kein Unterschied mehr sein, und die Bourbons für Krankentransporte nach Art der amerikanischen eingerichtet werden. Welche Geltung beim Kriegs-Medicinalwesen in Zukunft den Heldenpatrioten und dem Militär-Behördenwesen angewiesen wird, ist bis jetzt noch unentschieden.

— Die Regierung scheint — schreibt die „Börsische Zeitung“ — allen Ernstes gewillt zu sein, die nord-schleswigsche Frage dadurch zu lösen, daß sie den Dänen einen Theil der Provinz Schleswig zur Disposition stellt, jedoch nur unter der unweigerlichen Bedingung dänischer Seite zuvor zu gebender Garantie für gleich Berechtigung und auch gleiche Behandlung der als deutsch gesinn bekannt gewordenen Einwohner des abzutretenden Landstriches. Ohne eine derartige ausreichende und sichergestellte Garantie könnte Preußen es schlechterdings nicht verantworten, ehemalige Staatsangehörige einem im Hause bis zum Wahnsinn auszuschweifenden Feinde zurückzuliefern, denn, was es bedeutet, die Leidenschaftlichkeit der Dänen gegen deutsche Schleswiger zu entfesseln, davon weiß unter vielen anderen der Kirchspielvogt Erichsen aus Hoyer zu erzählen, der seiner Zeit beim Einrücken der Dänen vor diesen mit fortgeschleppt und während einer Pause auf der unfreiwilligen Reise beim Krüge des Dorfes Gennern mittelst einer Kette an ein Hundehaus gebunden wurde. Es könnte komisch sein, wäre es nicht im Gegenteil entsetzlich, daß schleswigsche Blätter bei Mittheilung von Thatsachen solcher Art sich gegenseitige Berichtigungen geben, in denen nur der Name des Gemüthshandels verbessert, der Sachverhalt aber bestätigt und hinsichtlich des qui pro quo ein ähnlicher Alt-dänischer Bruch.

Sklavenstaaten.*)

Ich würde mich an einer jüngst gelesenen Abhandlung über die Sklaverei sehr erbaut haben, hätte nicht deren Verfasser ein Moment ihrer Verwerflichkeit auch darin zu finden geglaubt, daß sie eine im ganzen Bereich der übrigen Lebewelt beispiellose, daher unnatürliche, den Menschen tief unter das Thier erniedrigende Verirrung sei. Unwillkürlich rief mir dieser Passus die Worte eines misanthropischen Philosophen ins Gedächtnis: „Seitdem ich die Menschen kennen gelernt, habe ich die Thiere so lieb“, und zwischen den Zeilen grinste mir Mephistopheles' Teufelsfratze recht hämisch entgegen:

„Er nennt's Vernunft und braucht's allein,

Nur thierischer als jedes Thier zu sein.“

Die Liebe zur Wahrheit und unserem Geschlechte zwingt uns jedoch, derlei Argumente vom naturhistorischen Standpunkte als irrtümliche zu bezeichnen. Wir finden vielmehr im Leben der Thiere alle guten und schlechten Eigenschaften des Menschen wie in einem Spiegel reflektirt, und der Naturforscher vermag uns gar viele Geschichtchen von Bosheit und Blutzier, Raub und Diebstahl, Verführung und Ghebruch zu erzählen, welche, wenn man den Linnéschen Art- und Gattungsnamen der Handelnden in Tauf- und Zunamen verkehren würde, gern gelesene Artikelchen in der Spalte: „Gerechtsame“ liefern könnten. Auch die großen sozialen Gebrechen der Menschheit: Kriege, Vielweiberei und Sklaverei, finden sich in der Thierwelt nicht minder. Der Naturforscher wird auf diese Weise die Thiere nicht über den Menschen stellen, mag er auch immerhin, zur Ehrenrettung seiner Lieblinge, unmittelbar darauf behaupten, daß sie es, wenn auch nicht besser, doch auch nicht schlimmer treiben, als ihr Herr und Gebieter. Nachstehende Zeilen dürften dem Leser Gelegenheit bieten, über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieser Behauptung zu urtheilen.

Während die Gluth der Sommer-Mittagsonne auf die höher organisierten Thiere einen erschaffenden Einfluß übt, bringt sie bei einem zahllosen Heere von Insekten gerade die entgegengesetzte Wirkung hervor. Wärme ist die erste Lebensbedingung des Insekts, Wärme und Licht vermehren seine Thätigkeit und vermehren die Pracht seiner Farben in dem Maße, als ihr Schwinden jene vermindert und diese verdüstert; ja die prächtigsten und seltensten Insekten werden gerade dann gefunden, wenn die Strahlen der Sonne senkrecht die Erde treffen. Unter dem Gewimmel und Gesumme

talität verzeichnet wird. Man könnte derartigen Thatsachen gegenüber zwar einwenden, daß die deutschen Nordschleswiger gegen körperliche Misshandlungen bei Zusammenrottungen der Dänen und ähnlichen Veranlassungen auch beim besten Willen der dänischen Regierung nicht zu schützen sein könnten, dafür aber nachträglich durch Einschreiten der dänischen Gerichte um so glänzendere Genugthuung resp. Entschädigung erbalten würden. Da liegt aber gerade die Quelle des Nebels, denn wenn die dänischen Excedenten nicht ganz sicher wüssten, daß sie sich auf die Parteilichkeit ihrer Gerichte verlassen könnten, würden sie sich vor Ausschreitungen gegen ihre deutschen Mitbürger so gut in Acht nehmen wie jetzt, unter der preußischen Aufsicht. Bei königlich dänischen Gerichten bekommt nicht einmal die preußische Regierung Recht, wenn sie wegen Beleidigung und unwahren Behauptungen durch ihren Gefandten Klage erheben läßt, viel weniger ein deutscher Untertan Dänemarks, der nicht einmal in Sachen des Wein und Dein Recht erhält, wie unter Andern der Fall mit dem Hofbeamten Louis v. Buchwald beweist, dessen Witwe und Kinder unter der kommissarischen Verwaltung des Herrn v. Tillisch ohne Weiteres aus der Mühle gejagt wurden, welche der genaue v. Buchwald in aller Form Rechtes öftentlich als Meistbietender aus der Kontrolle-Masse des infolgen dänischen Müllers Staa erstanden, baar bezahlt und dann wesentlich verbessert hatte. Der Staa war ein „treuer“ Däne, der v. Buchwald hingegen war ein Deutscher und „Insurgent“. Angesichts solcher Thatsachen mag die preußische Regierung in Verlegenheit sein über das Maß der Garantien, die sie nothwendigerweise zur Sicherstellung ihrer ehemaligen Staatsangehörigen verlangen muß; wenn diese aber nicht nach folgenden Grundsätzen festgestellt werden, dürften sie ihren Zweck verfehlen: Es muß in den abgetrennten Distrikten Nordschleswig's bei allen den Einrichtungen verbleiben, welche von Preußen bis zum Tage der Abreitung getroffen worden sind, eine Aenderung darfst mit im Wege des Staatsvertrages mit Preußen erfolgen, jeder an Dänemark kommende Nordschleswiger muß das Recht haben, die Entscheidung der preußischen Gerichte in Südschleswig — außer als aktiver Soldat — anzurufen und das in seiner Sache von preußischen Gerichten gesprochene Erkenntnis muß in Dänemark rechts gültig sein; über die Ausführung haben preußische Konsuln zu wachen und Bericht zu erstatten; bei jeder vermeintlichen Rechtskränkung muß es den Nordschleswigen freistehen, die sofortige Intervention der preußischen Konsuln nachzusuchen und es muß ihnen dieselbe auch unweigerlich gewahrt werden; so lange zwischen Dänemark und Preußen kein Krieg wirklich erklärt ist, darf ersterer Staat nie mehr als eine 2000 Köpfe starke Besatzung in dem zurück erhaltenen Theile Nordschleswig's aussstellen; sollte diese Truppenmacht nicht hi erreichen, die persönliche Sicherheit und das Eigentum der deutschen Nordschleswiger gegen Bergewaltigung abseiten der dänischen Mitbürger zu schützen, dann hat Preußen das Recht, seine Truppen in hinauslänglicher Stärke zur Unterdrückung der Exzesse einzurücken und bedarf es hierzu nur der Auflösung durch den preußischen Generalkonsul; die militärische Besetzung und kommissarische Verwaltung des Landes durch Preußen tritt ein, wenn nach einmaliger Auflösung zur Befriedung eines rechtshabigen gewordnen Erkenntnisses des preußischen Gerichts in Sachen eines Nordschleswigers nicht binnen 14 Tagen die Ausführung dänischerseits erfolgt. Alle Garantien, sofern sie nicht diesen Schlusszusammenhang haben, würden den Dänen gegenüber völlig nuglos sein.

— Aus Luxemburg, 5. Oktober, wird der „Allg. Blg.“ geschrieben: „Wie wir aus zuverlässiger Quelle vernnehmen, ist der luxemburgische Geschäftsträger in Paris über die Saumal interpellirt worden, mit welcher die im Londoner Vertrag vorgesehene Demolition der Festungswerke betrieben wird. Es ist in der That bis zur Stunde in dieser Beziehung nichts Nennenswertes geschehen, da sich die Demolition auf Abtragung einiger Pfeiler, welche die Thorpassagen verengten, beschränkte. Wenn man jedoch bedenkt, daß die Kosten einer gründlichen Demolirung sich auf beiläufig 8 Millionen Thaler belaufen würden, so wird man die geringe Einfertigkeit der luxemburgischen Regierung begreifen.“

Württemberg. Stuttgart, 9. Oktober. Wie der heutige „Staatsanzeiger“ meldet, wird der Minister der auswärtigen Angelegenheiten den Ständen eine Vorlage zugehen lassen, betreffend eine zwischen Württemberg, Bayern, Baden und Hessen abgeschlossene Uebereinkunft vom 5. Februar d. J. über die gemeinsame Organisation der Süddeutschen Wehrkräfte. Der Minister empfiehlt die Uebereinkunft der ständischen Genehmigung.

Baden. Karlsruhe, 9. Oktober. Der Finanzminister hat der Kammer der Abgeordneten das außerordentliche Budget pro 1866 und 1868 vorgelegt, welches durch neue Anforderungen zur Deckung des Mehrbedarfs der Militärverwaltung den vorjährigen Betrag um $5\frac{1}{4}$ Millionen übersteigt. Die nötigen Summen sollen größtentheils durch Anleihen aufgebracht werden.

Sächs. Herzogthümer. Weimar, 10. Oktober. Der König von Preußen ist heute Mittag 1 Uhr von hier abgereist und

der vielen Tauende auch jene thätig zu finden, deren Name schon an „Emsigkeit“ mahnt, die rührigen Ameisen, darf uns wohl nicht Wunder nehmen, und es lohnt sich der Mühe, einige Minuten betrachtend an einem ihrer Hügel zu verweilen. Zahllos flutet ein Strom röthlicher Thierchen aus allen Thüren und Thoren den Hügel hinunter. Für den ersten Augenblick Welch überstürzende Eile, Welch ein unsinniger Eifer! Doch gar bald merken wir, daß Sinn und Ordnung sei in diesem Gewimmel, dann wenige Schritte schon vor der Stadt entwirrt sich der hin- und herrennende Knäuel zu einem geordneten Zuge, längs dessen Seiten Einzelne mit geschäftiger Führerbewegung, gleich Führern oder Boten, auf und nieder eilen. Was soll dieser Zug? Ist eine große Beute gefunden? Wir wissen, daß die flugen Thiere einander mit gegenseitigem Beistande unterstützen, um durch vereinte Kraft zu vollenden, was die Ohnmacht des Einzelnen nicht im Stande ist. Oder hat fortgesetzte Verfolgung und Ungunst der Verhältnisse oder Überfüllung sie gezwungen, ihren alten Bau zu verlassen, um eine neue Stadt zu gründen? Daß ähnliche Gründe solche Völkerwanderungen hervorrufen pflegen, ist uns bekannt. Hat Beleidigung oder Groberrungslust diese friedliche Bürgerschaar in ein Heer blutdürftiger Krieger verwandelt? Denn auch wütende Kriege führen die Ameisen, wenn es gilt, den eigenen Heerd, die Schäze des Hauses zu vertheidigen. So bei uns selber die mögliche Ursache des Zuges erwägnd, folgen wir, und wenige Schritte sollen uns die Lösung des Räthsels verschaffen.

In geringer Entfernung von der Stadt der ausziehenden Schaar erhebt sich ein anderer, jener äußerlich ganz ähnlich gestalteter Hügel, auf dessen Kuppe schwärzliche Ameisen sich herumtreiben. Vor demselben wird Halt gemacht. Wahrscheinlich mögen auch die auf den Zinnen versammelten auf eine feindliche Absicht der Angriffe schließen: denn alsbald füllt sich die Oberfläche des Baues, nachdem mehrere Wächter sich in dessen Innern begeben haben, mit seinen Insassen. Eine sichtbare Aufregung herrscht in beiden Scharen, von dieser wie von jener Seite dringen Einzelne vor, kreuzen die Führer, fassen sich an den Beinen, zerrn und balzen sich, und so eröffnen Plankiergefechte den Kampf. Unterdessen verstärken neue Zugänger die Zahl der Belagerer und um vermutlich ihre Gegner nicht zur gefährlichen Übermacht anwachsen zu lassen, ergreifen die Belagerten die Offensive. Das Gewirre von rothen und schwarzen Kämpfern läßt uns in Zweifel, auf welche Seite sich der Sieg neigen werde; noch hat keine rothe Ameise den

hat sich zunächst nach Frankfurt begeben, wo selbst Se. Majestät übernachten wird. Für morgen sind Besuche in Wiesbaden bei dem Prinzen und der Prinzessin von Wales, sowie in Darmstadt beabsichtigt. Morgen Abend wird Se. Majestät in Baden-Baden eintreffen.

Oesterreich.

Wien, 10. Oktober. Die „Presse“ vernimmt, daß dem Reichskanzler Dr. v. Beust ein kaiserliches Handschreiben zugegangen sei, in welchem principiell zugegeben werde, daß die Adresse der Bischöfe einer konstitutionellen Behandlung zu unterziehen sei, welches indeß die definitive Entscheidung bis zu der übermorgen erfolgenden Rückkehr des Kaisers vorbehält.

— Die gegen den FML Freiherrn v. Koudelka eingeleitete kriegsgerichtliche Untersuchung ist, dem Vernehmen nach, bereits abgeschlossen und der Strafantrag ganz zu dessen Gunst ausgefallen, wonach derselbe nur zu mehrwöchentlichen Professen-Arrest verurtheilt, vorläufig auf freien Fuß gestellt und in seinen Pensionsgenüssen nicht geschmälerd wird. Die Entscheidung des Militär-Appellations-Gerichtes dürfte längstens binnen vierzehn Tagen erfolgen.

— Aus Prag wird gemeldet: Der Besuch der großfürstlichen Familie im tschechischen Theater unterblieb, das Gefolge besuchte das Theater, der Großfürst besichtigte das Museum und das Schloß. Großfürstin Konstantin ist mit ihrem Gefolge nach Petersburg, die hannoversche Königsfamilie nach Wien abgereist. Ein Gerücht, das bereits längere Zeit hier kursirt und vielfach als eitle Erfindung angesehen worden, bestätigt sich nun dennoch: die Czechenblätter erzählen nämlich als positive Thatsache, daß „für diesen Winter“ einige geachtete russische Familien hier ihren Aufenthalt nehmen werden, unter Anderen auch ein in russischen Regierungskreisen einflussreicher Politiker, Herr Samarin. Da nicht anzunehmen ist, daß diese hohen Gäste bloß um die milde Winterluft Prags zu atmen hierhergekommen, so wird man gut thun, ihnen einige Aufmerksamkeit auch von nichttschechischer Seite zu schenken, um so mehr, als man sich erinnern darf, daß kurz nach der Moskaufahrt Stimmen aus dem nationalen Lager laut wurden, welche die Dringlichkeit der Errichtung eines russischen Konsulats in Prag betonten.

— Aus Trieste erhalten die Pesther Blätter unter dem 4. d. M. nachfolgendes Telegramm: „Auf dem königlich ungarischen Gouvernementgebäude, wo der königlich ungarische Kommissär, Hofrat v. Geh, seinen Wohnsitz aufgeschlagen, flatterte heute lustig die roth-weiß-blauen Fahne. Welch erquickende Erscheinung für Trieste! Welch guter Eindruck, Welch schönes Geschenk nach langjährigem Leiden und Hoffen! Tausendmal Dank sendet heute frohen Muthes dafür dem königlich ungarischen Ministerium die niedergedrückte, aber noch nicht gebeugte arme Hafenstadt Trieste. Alles fragt: Wie steht es mit der Grenzschule Ungarns?“

— Den „Nar. Listy“ wird geschrieben, daß Bischof Strohmayr unter Sequester gestellt werden solle. Die Mittheilungen, welche ein ungarisches Blatt kürzlich über dessen Privatleben gebracht hat, seien der Vorläufer eines solchen Attes.

Leipzig. 7. Oktober. Im heutigen Gemeinderath ist ebenfalls eine Petition für Aufhebung des Konkordats angeregt worden, die nächstens zur Berathung kommen soll. Veranlassung zu der projektirten Petition hat die Opposition der höheren Geistlichkeit gegen das neue Schullegatum gegeben, die dadurch begründet wird, daß die neue Schulbehörde den geistlichen Einfluß auf das öffentliche Unterrichtswesen beschränkt und daher mit dem Konkordat im Widerspruch stehe. Die Konfistorien, die lateinischen, wie die griechischen uniten, haben aus diesem Grunde die Mitwirkung zur Konstituierung des neuen Schullegiums und überhaupt jede Beteiligung an demselben abgelehnt. — Große Misströmung hat bei der ruthenischen Bevölkerung eine unlängst von der Statthalterei erlassene Circularverfügung erregt, wodurch die Kreisämter angewie-

Hügel der schwarzen betreten, die wie eine lebendige Mauer die thure Stadt umgeben. Doch siehe, da weicht eine Schaar der Vertheidiger dem ungestümen Angriff, und hinter ihnen her eilen die Feinde, und wenn auch diesmal wieder zurückgeworfen, so werden dennoch von nun an Sturm und Vertheidigung, Flucht und erneuterter Angriff mit einer für die Belagerten bedenklichen Schnelligkeit. Diese haben auch ihre ganze Streitkraft bereits auf ihrem Hügel konzentriert, während ihre Feinde den Fuß desselben enge umzingeln.

Das kriegerische Schauspiel soll nun einen raschen Abschluß finden. Wie auf Verabredung stürzt, nachdem die Uebrigen mit Mühe den Angriff wehren, der größere Theil der Schwarzen in das Innere der Stadt, nicht um durch unterirdische Gänge seige den Kampfplatz zu verlassen, nein, um das Theuerste, was diese finstern Gemächer bergen, die Hoffnung der Stadt und des Geschlechts, vor den wütenden Feinden zu retten. Bald erscheinen sie wieder, jed mit einer Puppe in den Fresszangen, und in wilder Flucht stürzen sie, gefolgt von den wenigen noch kampffähigen Kriegern, den Hügel hinunter, um die Reihe der Belagerten zu durchbrechen und das Weite zu suchen. Aber dieser Anblick entfacht die Kampfslust der Feinde aufs Höchste! Nicht mehr reizt sie die preisgegebene Stadt, nicht mehr die Schäze, die etwa noch daselbst verborgen, das heure Gut der Fleischenden scheint der einzige ersehnte Preis der Sieger. Was hilft den Geschlagenen die letzte verzweifelte Gegenwehr; auch das, um was sie so mutig gekämpft, gehört nun der Übermacht der Sieger. Nachdem dieselben noch flüchtig die verlassene Stadt durchstöbert, treten sie mit ihrer lebenden Beute den Rückzug an.

Die Vermuthung liegt nahe, daß ein kannibalisches Siegesfest den Feldzug beschließen werde. Neugierig folgen wir daher den heimziehenden Kriegern; aber wer beschreibt unser Erstaunen, als nicht die Stammesgenossen der Sieger, sondern schwarze Freunde der Geschlagenen die Heimkehrenden mit unverkennbarer Freude empfangen, ihnen sorgsam die gemachte Beute abnehmen und in das Innere des Hügels tragen. Dieses gewiß staunenswerte Rätsel vermag uns nur der große Entdecker und Geschichtsschreiber der Ameisenstaaten, Huber, zu lösen.

Die rothen Ameisen sind kriegerische Amazonen, welche zu allen Arbeiten und Künsten des Friedens ganz und gar unauglich sich zeigen. Sie besitzen keinen Ortstypus, sind sogar wegen der Unvollkommenheit ihrer Fresswerkzeuge beinahe unsfähig, sich ordentlich zu

* Aus der „Neuen Freien Presse“.

hebt die Verpflichtung zur Fortentrichtung der Binsen nicht auf. Die Bestimmungen über Verjährung der Binsforderungen werden hierdurch nicht verändert."

3) Abg. Dr. Schwarze beantragt in §. 1 Ulline 1. Die Worte „statt der Binsen“ zu streichen und §. 2 so zu fassen: Dergenige, welcher für eine Schuld dem Gläubiger grötere Vortheile als die Vergütung nach jährlich sechs vom Hundert gewährt oder zusagt, ist zu einer halbjährigen Kündigung des Vertrages befugt. Jedoch kann er von diesem Befugnisse nicht unmittelbar bei Eingehung des Vertrages, sondern erst nach Ablauf eines halben Jahres Gebrauch machen. Vertragsbestimmungen, durch welche diese Vorschrift zum Nachtheile des Schuldners beschränkt oder aufgehoben wird, sind ungültig.

4) Abg. v. Behme und Dr. Schwarze beantragen das Ulline 2 des §. 2 so zu fassen: Auf Schuldverschreibungen, welche unter den gesetzlichen Voraussetzungen auf jeden Inhaber gestellt werden, sowie auf Darlehen, welche ein Kaufmann empfängt, und auf Schulden eines Kaufmanns aus seinen Handelsgeschäften, leiden die in diesem §. enthaltenen Vorschriften keine Anwendung.

5) Dr. v. Schweizer beantragt dem Gesetzentwurf den folgenden §. 6, hinzufügen: Die Bestimmungen in den §§. 1, 3 und 5 dieses Gesetzes finden keine Anwendung auf Darlehen und andere kredititäre Forderungen, welche sich in ihrem ursprünglichen Betrage auf 100 Thlr. oder weniger belaufen.

In Betreff solcher gelten vielmehr, unter Aufhebung der bezüglichen Gesetze oder Gesetzesstellen, lediglich nachstehende Bestimmungen:

Wer sich bei Darlehen oder kredititären Forderungen, welche ursprünglich 100 Thlr. oder weniger betragen, von seinem Schuldner mehr als 6 p.C. Binsen ausbedingt oder zahlten lädt, ist wegen Buchers mit Gefängnis bis zu drei Monaten und zugleich mit Geldstrafe bis zu 100 Thlrn. zu bestrafen.

Wer diese Überschreitung so einleitet, daß dadurch die Gesetzwidrigkeit verdeckt wird, oder wer diese Überschreitung gewohnheitsmäßig betreibt, ist wegen qualifizierten, beziehungsweise gewerbsmäßigen Buchers mit Gefängnis von drei Monaten bis zu drei Jahren und zugleich mit Geldstrafe von 100 bis zu 5000 Thalern zu bestrafen. Im Falle des qualifizierten Buchers kann, im Falle des gewerbsmäßigen Buchers muß auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit, oder was dem in der Landesgesetzung gleichstehet, erkannt werden.

Keinerlei Form des Geschäfts, auch nicht die Form des Wechsels, kann die Untersuchung und Bestrafung des Buchers hindern.

In den Ländern, in welchen das Strafgesetzbuch nur eine Gefängnisstrafe unter drei Jahren kennt, ist vor kommenden Fällen auf eine entsprechende Zeitdauer der nächsthöheren Freiheitsstrafe zu erkennen.

6) Abg. Ulrich beantragt den Gesetz-Entwurf des Abg. Lasker dem Bundespräsidium zur Erwägung zu überwerfen.

Ref. von Salzwedell begründet seinen Antrag. Ohne die gleichzeitige Errichtung von Hypothekenbanken werde das Kapital die vollständige Herrschaft über den Grundbesitz erlangen. Die Berufung auf andere Länder treffe nicht zu. Namentlich übersehe man, wenn man in dieser Frage England zu citieren liebt, daß gerade in England die Binsbeschränkungen für Darlehen bis zu 50 Pf. Sterl. fortbestehe, daß England einen Überfluß an Kapital habe und der Grundbesitz sich dort meist in den Händen von Bürgern befindet. Auch seien die in England gemachten Erfahrungen der Aufhebung der Binsbeschränkungen keineswegs günstig. Er sei deshalb für jetzt gegen den Lasker'schen Antrag, könne sich aber event. für das Ammenth-Schweizer erkläre, welches verbüten sollte, daß die Not der kleinen Leute nicht ausgebeutet werde; freilich werde es keine große praktische Wirklichkeit haben, da sich die Fälle der Zuwidderhandlung der Kognition des Richters meist entziehen würden.

Korreferent Abg. Braun (Wiesbaden): Es ist nachträglich noch eine Petition von Einwohnern der Stadt Erfurt eingegangen, die sich für den Lasker'schen Antrag ausspricht, da der städtische und ländliche Grundbesitz unter den Binsbeschränkungen leide. — Die vorliegende Frage ist schon so vielfältig erörtert worden, daß es geradezu unmöglich ist, etwas Neues hierüber zu sagen, zumal sie noch in der letzten Zeit in verschiedenen deutschen, speziell der preußischen und sächsischen Landesvertretung sorgfältig beraten worden ist. Zur Begründung meiner Ansicht, daß der Lasker'sche Antrag anzunehmen sei, will ich mich deshalb darauf beschränken, auf die Erfahrungen der letzten Vergangenheit in den verschiedenen europäischen Ländern in dieser Frage hinzuweisen. Die Anhänger der Binsbeschränkungen berufen sich darauf, daß in verschiedenen europäischen Ländern der Versuch der Aufhebung der Beschränkungen gemacht, daß aber, da dies sehr nachtheilige Folgen gehabt, die Beschränkungen bald wieder eingeführt worden wären. Es ist wahr, daß in Norwegen, in Dänemark und in Frankreich die Binsbeschränkungen nach ihrer Aufhebung wieder hergestellt worden sind, da man nachtheilige Wirkungen zu verspüren glaubte. Es ist dabei aber zu bedenken, daß sowohl das betreffende dänische, als das französische Gesetz die eigenthümliche Bestimmung enthielt, daß nach der Aufhebung der Beschränkungen denjenigen Darlehnsgeschäften, für welche ein höherer Binsfuß als 5 Prozent festgelegt worden, die gerichtliche Klagebarkeit abgesprochen wurde. In Norwegen aber sind die Binsbeschränkungen zum zweiten Male bereits wieder aufgehoben worden, so daß jetzt vollständige Freiheit des Binsfußes existiert. In England ist die Gesetzgebung auch hier, wie überall, langsam und gemessen Schrittes gegangen; man hat die Beschränkungen nicht auf einmal abgeschafft, sondern hat mit denen für größere Kapitalien den Anfang gemacht; die Angabe des Referenten, daß die Beschränkungen für kleinere Kapitalien noch bestehen, ist aber nicht richtig; das einzige Gebiet, wo dies in England der Fall ist, sind die Pfandleihen, sonst sind die Beschränkungen überall aufgehoben. Wenn nun der Herr Referent sagt, daß in England viel mehr Kapital vorhanden sei, so muß ich entgegnen, daß aber auch viel mehr Verwendung und Nachfrage nach Kapital vorhanden ist. — In Frankreich bestehen allerdings auch jetzt noch die Binsbeschränkungen, aber es wird von allen Seiten Sturm dagegen gelauft, und der französische Staatsrat hat kürzlich eine Kommission niedergegesetzt, die eingehende Erhebungen über die Frage veranlaßt und dabei zur Überzeugung gekommen ist, daß auch in Frankreich die Stunde für die Freigabe des Binsfußes geschlagen habe. Wenn der Herr Referent behauptet, daß die Landwirtschaft in Frankreich sich in einem blühenden Zustande und großartigen Aufschwung befindet, so ist er im Irrthum; der Kaiser von Frankreich wenigstens hat es im Jahre 1864 selbst mit düren Worten ausgesprochen: „Die französische Landwirtschaft leidet.“ — In Spanien sind die Binsbeschränkungen 1866 resp. 1864 aufgehoben, und es besteht hier nur die Beschränkung, daß bei Binsverhandlungen über 5 Prozent eine schriftliche Beurkundung erforderlich ist, eine Vorschrift, die sich besonders für den Übergangszustand sehr empfehlen dürfte.

In Italien ist die Freigabe des Binsfußes 1857 erfolgt und der Binsfuß ist dort um 2 p.C. gefallen, statt zu steigen. In Belgien hat man 1865, in mehreren Kantonen der Schweiz gleichfalls schon seit längerer Zeit die Beschränkungen aufgehoben; in Genf hat man dabei die Beobachtung gemacht, daß sich der Binsfuß für Hypothekendarlehen fast ausnahmslos auf 5 Prozent erhalten hat. — In Dänemark sind die Beschränkungen 1855 aufgehoben worden mit Ausnahme der Binsen für Hypothekendarlehen, und seitdem Weise hat man dabei dem Ministerium die Befugniß erteilt, auf besonderes Nachsuchen einen höheren Binsfuß festzusetzen; die preußische Gesetzgebung ist bekannt; hier sind die Beschränkungen vorläufig für chirographarische Darlehen aufgehoben, im Königreich Sachsen ist seit 1864 der Binsfuß ganz freigegeben; es ist nur die Beschränkung eingeführt, daß bei einem Binsfuß von mehr als 6 p.C. nur halbjährige Kündigung zulässig ist. In Bayern sind seit 1861 die strafrechtlichen Bestimmungen aufgehoben; die Regierung hat aber soeben dem Landtage einen Gesetzentwurf vorgelegt, der auch die civilrechtlichen Beschränkungen aufheben soll. In Württemberg ist dies 1849 schon geschehen. Vor 1849 war dort nämlich der Binsfuß freigegeben für Alle, welche wechselseitig waren. Als aber durch Einführung des allgemeinen deutschen Wechselrechts Alle wechselseitig wurden, waren damit auch alle Binsbeschränkungen für alle Schwaben aufgehoben, und sie haben es nicht einmal gleich gemacht (Heiterkeit), sondern erst nach Jahr und Tag. In Baden besteht gleichfalls Binsfreiheit, trotzdem ist der Binsfuß auf 4½ p.C. stehen geblieben. In Oldenburg sind die Beschränkungen seit 1858 aufgehoben und nur das Verbot der Binsenfinnen beibehalten worden, und ein günstiger Erfolg dieser Maßregel ist amtlich konstatiert; in Sachsen-Abenburg seit 1860, und das Ministerium hat 1865 erklärt, daß eine nennenswerte oder bedenkliche Neigung zur Erhöhung des Binsfußes sich nirgends gezeigt habe. In Weimar-Eisenach sind die Buchergesetze 1855 suspendirt worden und eine günstige Wirkung dieser Maßregel ist öffentlich konstatiert worden. — In Bremen, Lübeck, Frankfurt und Hamburg sind die Beschränkungen gleichfalls aufgehoben, und in den übrigen Staaten, wo dies noch nicht der Fall ist, ist durch die Einführung des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches eine große Bresche in die Buchergesetze geschlossen worden. Das Werk der Verstörung der Binsbeschränkungen hat überall begonnen und es lädt sich kein Einhalt mehr bieten, selbst wenn man wollte; auch in den vielen außereuropäischen Staaten hat man dieselbe Erfahrung gemacht. Es ist schwer zu glauben, daß die deutsche Nation und die Bevölkerung des Norddeutschen Bundes hinter allen diesen Staaten an intelligenter und volkswirtschaftlicher Ent-

wickelung in ihrem Kulturstandthe so weit zurückstehe, daß sie noch Schranken bedürfe, die andere schon niedergeworben.

Die Frage der Hypothekenbanken mit dieser Frage in Verbindung zu bringen, kann ich nicht rechtfertigen. Es ist richtig, der Hypothekenkredit leidet gegenwärtig, in Preußen sowohl, wie in anderen Bundesstaaten. Ob dieser Schaden dem Gläubiger grötere Vortheile als die Vergütung nach jährlich sechs vom Hundert gewährt oder zusagt, ist zu einer halbjährigen Kündigung des Vertrages befugt. Jedoch kann er von diesem Befugnisse nicht unmittelbar bei Eingehung des Vertrages, sondern erst nach Ablauf eines halben Jahres Gebrauch machen. Vertragsbestimmungen, durch welche diese Vorschrift zum Nachtheile des Schuldners beschränkt oder aufgehoben wird, sind ungültig.

4) Abg. v. Behme und Dr. Schwarze beantragen das Ulline 2 des §. 2 so zu fassen: Auf Schuldverschreibungen, welche unter den gesetzlichen Voraussetzungen auf jeden Inhaber gestellt werden, sowie auf Darlehen, welche ein Kaufmann empfängt, und auf Schulden eines Kaufmanns aus seinen Handelsgeschäften, leiden die in diesem §. enthaltenen Vorschriften keine Anwendung.

5) Dr. v. Schweizer beantragt dem Gesetzentwurf den folgenden §. 6, hinzufügen: Die Bestimmungen in den §§. 1, 3 und 5 dieses Gesetzes finden keine Anwendung auf Darlehen und andere kredititäre Forderungen, welche sich in ihrem ursprünglichen Betrage auf 100 Thlr. oder weniger belaufen.

In Betreff solcher gelten vielmehr, unter Aufhebung der bezüglichen Gesetze oder Gesetzesstellen, lediglich nachstehende Bestimmungen:

Wer sich bei Darlehen oder kredititären Forderungen, welche ursprünglich 100 Thlr. oder weniger betragen, von seinem Schuldner mehr als 6 p.C. Binsen ausbedingt oder zahlten lädt, ist wegen Buchers mit Gefängnis bis zu drei Monaten und zugleich mit Geldstrafe bis zu 100 Thlrn. zu bestrafen.

Wer diese Überschreitung so einleitet, daß dadurch die Gesetzwidrigkeit verdeckt wird, oder wer diese Überschreitung gewohnheitsmäßig betreibt, ist wegen qualifizierten, beziehungsweise gewerbsmäßigen Buchers mit Gefängnis von drei Monaten bis zu drei Jahren und zugleich mit Geldstrafe von 100 bis zu 5000 Thalern zu bestrafen. Im Falle des qualifizierten Buchers kann, im Falle des gewerbsmäßigen Buchers muß auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit, oder was dem in der Landesgesetzung gleichstehet, erkannt werden.

Keinerlei Form des Geschäfts, auch nicht die Form des Wechsels, kann die Untersuchung und Bestrafung des Buchers hindern.

In den Ländern, in welchen das Strafgesetzbuch nur eine Gefängnisstrafe unter drei Jahren kennt, ist vor kommenden Fällen auf eine entsprechende Zeitdauer der nächsthöheren Freiheitsstrafe zu erkennen.

6) Abg. Ulrich beantragt den Gesetz-Entwurf des Abg. Lasker dem Bundespräsidium zur Erwägung zu überwerfen.

Ref. von Salzwedell begründet seinen Antrag. Ohne die gleichzeitige Errichtung von Hypothekenbanken werde das Kapital die vollständige Herrschaft über den Grundbesitz erlangen. Die Berufung auf andere Länder treffe nicht zu. Namentlich übersehe man, wenn man in dieser Frage England zu citieren liebt, daß gerade in England die Binsbeschränkungen für Darlehen bis zu 50 Pf. Sterl. fortbestehe, daß England einen Überfluß an Kapital habe und der Grundbesitz sich dort meist in den Händen von Bürgern befindet. Auch seien die in England gemachten Erfahrungen der Aufhebung der Binsbeschränkungen keineswegs günstig. Er sei deshalb für jetzt gegen den Lasker'schen Antrag, könne sich aber event. für das Ammenth-Schweizer erkläre, welches verbüten sollte, daß die Not der kleinen Leute nicht ausgebeutet werde; freilich werde es keine große praktische Wirklichkeit haben, da sich die Fälle der Zuwidderhandlung der Kognition des Richters meist entziehen würden.

Korreferent Abg. Braun (Wiesbaden): Es ist nachträglich noch eine Petition von Einwohnern der Stadt Erfurt eingegangen, die sich für den Lasker'schen Antrag ausspricht, da der städtische und ländliche Grundbesitz unter den Binsbeschränkungen leide. — Die vorliegende Frage ist schon so vielfältig erörtert worden, daß es geradezu unmöglich ist, etwas Neues hierüber zu sagen, zumal sie noch in der letzten Zeit in verschiedenen deutschen, speziell der preußischen und sächsischen Landesvertretung sorgfältig beraten worden ist. Zur Begründung meiner Ansicht, daß der Lasker'sche Antrag anzunehmen sei, will ich mich deshalb darauf beschränken, auf die Erfahrungen der letzten Vergangenheit in den verschiedenen europäischen Ländern in dieser Frage hinzuweisen. Die Anhänger der Binsbeschränkungen berufen sich darauf, daß in verschiedenen europäischen Ländern der Versuch der Aufhebung der Beschränkungen gemacht, daß aber, da dies sehr nachtheilige Folgen gehabt, die Beschränkungen bald wieder eingeführt worden wären. Es ist wahr, daß in Norwegen, in Dänemark und in Frankreich die Binsbeschränkungen nach ihrer Aufhebung wieder hergestellt worden sind, da man nachtheilige Wirkungen zu verspüren glaubte. Es ist dabei aber zu bedenken, daß sowohl das betreffende dänische, als das französische Gesetz die eigenthümliche Bestimmung enthielt, daß nach der Aufhebung der Beschränkungen denjenigen Darlehnsgeschäften, für welche ein höherer Binsfuß als 5 Prozent festgelegt worden, die gerichtliche Klagebarkeit abgesprochen wurde. In Norwegen aber sind die Binsbeschränkungen zum zweiten Male bereits wieder aufgehoben worden, so daß jetzt vollständige Freiheit des Binsfußes existiert. In England ist die Gesetzgebung auch hier, wie überall, langsam und gemessen Schrittes gegangen; man hat die Beschränkungen nicht auf einmal abgeschafft, sondern hat mit denen für größere Kapitalien den Anfang gemacht; die Angabe des Referenten, daß die Beschränkungen für kleinere Kapitalien noch bestehen, ist aber nicht richtig; das einzige Gebiet, wo dies in England der Fall ist, sind die Pfandleihen, sonst sind die Beschränkungen überall aufgehoben. Wenn nun der Herr Referent sagt, daß in England viel mehr Kapital vorhanden sei, so muß ich entgegnen, daß aber auch viel mehr Verwendung und Nachfrage nach Kapital vorhanden ist. — In Frankreich bestehen allerdings auch jetzt noch die Binsbeschränkungen, aber es wird von allen Seiten Sturm dagegen gelauft, und der französische Staatsrat hat kürzlich eine Kommission niedergegesetzt, die eingehende Erhebungen über die Frage veranlaßt und dabei zur Überzeugung gekommen ist, daß auch in Frankreich die Stunde für die Freigabe des Binsfußes geschlagen habe. Wenn der Herr Referent behauptet, daß die Landwirtschaft in Frankreich sich in einem blühenden Zustande und großartigen Aufschwung befindet, so ist er im Irrthum; der Kaiser von Frankreich wenigstens hat es im Jahre 1864 selbst mit düren Worten ausgesprochen: „Die französische Landwirtschaft leidet.“ — In Spanien sind die Binsbeschränkungen 1866 resp. 1864 aufgehoben, und es besteht hier nur die Beschränkung, daß bei Binsverhandlungen über 5 Prozent eine schriftliche Beurkundung erforderlich ist, eine Vorschrift, die sich besonders für den Übergangszustand sehr empfehlen dürfte.

Abg. Dr. Endemann: Wenn ich mich auch gegen den Antrag Lasker habe einzuschreiben lassen, so ist es doch nicht weit her mit meiner Feindschaft gegen denselben. In zweiter Linie werde ich unbedingt für ihn stimmen. Aber ich will die Aufhebung der Buchergesetze etwas weiter führen. Grade die That, daß der Lasker'sche Antrag an die preußischen Verhandlungen über diese Frage anknüpft, enthält für mich ein Motiv gegen ihn zu stimmen. Die Frage war dort fast eine Parteifrage geworden, sie ist aber eine Frage der allgemeinen Intelligenz und Kultur. Ist der Lasker'sche Antrag zunächst auf Preußen berechnet, so mißgönne ich Preußen den Vortheil nicht. Aber ohne Verächtigung darf doch auch die übrigen Staaten des Bundes nicht bleiben. Der letzte Paragraph dieses Entwurfs kann keine Anwendung finden auf alle diejenigen Länder, die die im §. 2 festgelegten Beschränkungen nicht mehr kennen. Also auch wenn Sie den Lasker'schen Antrag annehmen, umfaßt der selbe denn doch keineswegs das ganze Gebiet des Norddeutschen Bundes. Es ist aber unsere Pflicht, im Reichstage nur solche Gesetze zu schaffen, die allgemeine Geltung haben sollen. Den einzelnen Landtagen muß in Beziehung auf die Rechtslage so wenig Spielraum gelassen werden wie möglich. Sonst ist der Vortheil der gemeinsamen Gesetzgebung nur ein halber. Am wenigsten aber darf, wie das im vorliegenden Entwurf der Fall ist, in demselben die Provokation zum Erlaß neuer Gesetze für die einzelnen Landtage enthalten sein. Nun besteht bereits in einzelnen Staaten des Norddeutschen Bundes eine weiter gegebene Gesetzgebung. Diese Thatache allein ist nicht maßgebend für die Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes. Es ist doch unmöglich, daß die allgemeine Gesetzgebung von der spezielleren fordern sollte, sie sollte von ihren Errungenschaften zu Gunsten eines Schlechteren für das Ganze zurücktreten. Aber noch höher als vom Standpunkte der Erfahrung erscheint mir die Sache im Lichte der Wissenschaft und der historischen Entwicklung. Die Entwicklung des Kreditbegriffes der Alten ist vollkommen unterbrochen worden durch die Zustände des Mittelalters. Nicht aus gewissen Zweckmäßigkeitssichten verbot man das Binsnehmen, nein, es war absolutes Glaubensdogma, aus dem Gelde als solchem dürfen in keiner Beziehung eine Frucht hinauswachsen. Dieses Dogma ging dann in die Gesetzgebung über. Heute zu Tage hat sich der Kreditbegriff abgerundet, vervollkommen, ist ein Gemeingut der ganzen Menschheit geworden. Kredit braucht heute eben so wie irgend ein anderes Gut, und da bleibt nichts anderes übrig, als die allgemeinen Grundzüge der Verkehrs freiheit auch auf diese Verhältnisse anzuwenden. Das sind die Grundsätze, die mich bewegen, für eine radikale Aufhebung aller dieser Beschränkungen zu stimmen. Der §. 1 meines Antrages drückt dies zunächst in der allgemeinsten Fassung aus, und mir wird jeder zugestehen, daß dieselbe etwas weiter geht, als der Lasker'sche Antrag. Im §. 2 habe ich daneben gedacht der Höhe der Verzugs- oder gesetzlichen Binsen: auf die Bestimmung von gerade 6 Proz. lege ich keinen Wert und lasse sie gerne fallen: mir erscheint namentlich die gleiche Höhe mit der vom Handelsgesetzbuch festgelegten erwünscht. Auch der §. 3 ist nicht wesentlich, da er mir eigentlich juristisch selbstverständlich erscheint; §. 4 aber soll, wovon der Lasker'sche Entwurf nichts sagt, auch das Recht, Binsen oder sonstigen Kreditvergütungen zu beziehen, begründen. Als Korrektiv dieses Auflaufens der Binsen habe ich den §. 6 aufgenommen. Soll der Norddeutsche Bund auch nicht an der Spitze der Kultur marschiren, so bleibe er wenigstens nicht hinter ihren Vorschriften zurück.

Abg. Schwarze: Die Hebung des Realkredites ist nicht durchaus von der Verbesserung der Hypothekenordnung, so wie des Substaats- und Konkurrenzverfahrens zu erwarten, sondern von der Selbsthilfe durch frei Associazion. Das Buchergesetz übt eine entstiftende Wirkung auf das ganze Publikum aus, auf diejenigen, die Geld leihen und die Geld brauchen. Ich habe in meiner amtlichen Stellung oft Gelegenheit gehabt, diese Beobachtung bei zahlreichen Denunciations zu machen. Das Buchergesetz ist außerdem inhaltbar und mit der Ausdehnung der allgemeinen Wechselordnung. — Redner geht auf die einzelnen Deduktionen der Vorredner ein. Der Entwurf des Abg. Endemann sei zwar kein Gelüste, auch keine Laune, aber er sei doch zu radikal und zu theoretisch. — Mein Amendment zum §. 2 des Lasker'schen Entwurfs soll einmal in demjenigen Entwurf enthaltenen Satz prägnanter fassen, dann aber die Beschränkung einfügen, daß von jener Befugniß nicht vor Ablauf eines halben Jahres Gebrauch gemacht werden darf.

Abg. v. Granach gegen den Lasker'schen Antrag, hauptsächlich mit Rücksicht auf die Zustände der alten preußischen Provinzen Sämtliche Kategorien der Grundbesitzer würden schwer dadurch gefährdet werden. Aber auch davon abgesehen, liegt einmal in legislatorischer Beziehung das Bedürfnis gar nicht vor, und dann wird auch einem etwaigen Bedürfnisse auf dem projektierten Wege keine Abhilfe geschafft. Die Geldnot der Grundbesitzer ist notorisch; ihren Grund hat sie in der Großartigkeit der Industrie neuerer Zeit, in der Schwerfälligkeit der Hypothekenordnung, in der Einführung der Grundsteuer, in der Aufhebung der Binsbeschränkungen für die chirographarischen Darlehen und namentlich auch in der Umwandlung des indirekten Steuersystems in ein direktes. Der Grundbesitz kann auf die Dauer doch nicht mehr als 5 Prozent

wählen. Anderen Sie daher vorläufig die Hypothekenordnung und heben Sie die Schuldhaft auf, dann wird es Zeit sein, auf den Vasker'schen Antrag zurückzufallen.

Abg. Russel (Oldenburg): Ich will noch auf einen Gesichtspunkt aufmerksam machen, der bei Erwägung der vorliegenden Frage selten gebührend gewürdig wird. Thatsächlich ist das Geld eine Ware, und durch Gesetzgebung des Binsfaxes figuriert Sie den Preis des Geldes. Der Grund ist der, daß Sie dadurch die Leute, welche die Ware nötig haben, unterdrücken wollen. Warum verschärfen Sie sich dann aber auf Figurierung des Kapitalpreises und normieren nicht gleichzeitig mit demselben Recht den Preis aller notwendigen Lebensbedürfnisse. Der Beweis, daß die Buchergesetze nicht durchführbar sind, liegt in der geringen Zahl von Projekten, die wegen Buchers eingesetzt werden, während doch der Bucher in Blüthe steht. Man kommt durch die Binsbeschränkungen nur den Bucherern selbst zu Hilfe und ich berufe mich hierbei auf das Urtheil eines Fachmannes — das heißt eines Bucherers, der auf meine Anfrage, ob er die Aufhebung der Buchergesetze für möglich halte, antwortete, daß er in dieser Maßregel nur das größte Ungl

Schränkungen für Kapitale unter 100 Thlr. keine Hülfe, sondern nur Nachtheile für ihre Interessenten erblicken könnten. Mit dieser Erklärung der Arbeiter scheint mir die Sache schon abgemacht zu sein; sie wollen von dem Geschenk, mit dem die Social-Demokratie sie beglücken will, nichts wissen. Daß von dieser letzteren Seite Forderungen um Staatshülfe gestellt werden, kann übrigens nicht Wunder nehmen, wenn man sieht, wie die bestituirten und höchstgestellten Gesellschaftsklassen Staatsmittel zu ihren Gunsten in Anspruch nehmen wollen; dann allerdings kann die arbeitende Bevölkerung mit um so größerem Rechte kommen. Die Herren werden dann sagen, fünf bis sechs Prozent der Bevölkerung zu unterstützen, kann der Staat wohl ertragen, nicht aber 80—90 Prozent; sie mögen darin Recht haben, aber wo bleiben dabei die Gesetze der Sittlichkeit und Gerechtigkeit? Gerade die höchstprivilegierten Stände haben mehr Schuld an der Schärfung der sozialen Gegensätze, als die Irrelehrer einzelner Führer. Dem mobilen Kapital wurde vorgeworfen, es strebe nach der Herrschaft über den Grundbesitz; allerdings will das Kapital herrschen, aber nicht über den Grundbesitz selbst, sondern über die in demselben schlummernden Kräfte; darum bewerben Sie sich um die Bundesgenossenschaft dieses Kapitals und versuchen Sie nicht, es zu bekämpfen. Das materielle wie das geistige Kapital muß angefangen werden von Generation zu Generation und nur dadurch, daß die eine auf den Schultern der andern steht, können wir in der Kulturrentwicklung vorwärts schreiten.

Abg. Dr. v. Schweizer: Wenn ich auch gegen den Antrag Basker eingeschrieben bin, so bin ich doch im Prinzip damit einverstanden und wünsche nur außerdem die Annahme meines Amendments. Es stehen in dieser Frage drei ökonomische Richtungen des Hauses einander gegenüber: die konservative, die national-ökonomische und die sozialdemokratische Richtung. Es könnte vielleicht auffallend sein, daß ich vom sozialdemokratischen Standpunkt aus ein Gesetz unterstütze, dessen Tendenz dahin geht, das Kapital freier und mächtiger zu machen. Es ist richtig, die heutigen Verhältnisse werden regulirt durch die freie Konkurrenz, durch den gegenseitigen Kampf zwischen Kapital-Besitzenden und Nichtbesitzenden. Der Kampf ist aber ein sehr ungleicher, da die Kapitalisten bewaffnet, die andern aber unbewaffnet sind. Und trotzdem sind wir jetzt für Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, wenn sie auch anscheinend unschädlich sind. Wir stehen einer bestimmten sozialen Entwicklung gegenüber. Es liegt im Zug der Zeit, daß das Kapital sich in einzelnen wenigen Händen konzentriert, daß das Kleinkapital vom Großkapital verschlungen wird. Diese Bewegung, die uns allerdings feindlich ist, wollen wir aber jetzt noch zu beschleunigen versuchen. Denn auf eine wirkliche Lösung der sozialen Frage haben wir dann erst Hoffnung, wenn die Gegenseite sich klar gegenüberstehen; wenn eine, an Anzahl kleine, aber an Geldmacht große besitzende Klasse gegenübersteht dem blutarmen Proletariat. Deshalb stimmen wir für alle diese Gesetze, um die Herbeiführung dieses Zustandes zu beschleunigen. Es könnte nun scheinen, daß mein Amendment mit diesen Bestrebungen in Widerspruch stehe, indem es die Tendenz hat, den armen Mann zu schützen. — W. H., man sagt: Das Proletariat habe einen engen Kopf, aber eine dicke Faust. (Widerspruch.) Ich will hier nicht anspielen auf eine gewaltsame Lösung, mein Antrag soll aber nur verhindern, daß das niedere Volk, die ärmeren Klassen, nicht entnervt, nicht ganz kampfunfähig gemacht werden.

Herr Schulze hat es für gut befunden, nicht erst abzuwarten, was ich sagen würde, sondern von vorn herein anzunehmen, daß wir Hand in Hand mit den Konservativen gingen, und Triumphgeschrei auf der Linken begleitete seine Worte. Wir haben nichts mit diesen Anträgen zu thun. Wie sollten wir auch dazu kommen? Der mittlere und der kleine Grundbesitz ist verloren, und wir haben keinen Grund, ihm zu helfen. Die Gründe, weshalb der Grundbesitz verloren ist, liegen in unseren ganzen gesellschaftlichen Verhältnissen. Es ist der Zeitpunkt gekommen, wo der Grundbesitz nur noch eine produktive Wirkung hat in der Hand des Kapitalisten, ebenso wie die Maschine und die Arbeiter, wo eine industrielle Bewirtschaftung des Grund und Bodens sich Bahn bricht. Das Beispiel Englands bestärkt mich in dieser Ansicht. Der Grundbesitz hätte sich auch dort nicht in den Händen des großen Adels gehalten, wenn nicht aus den großen Feudalherren große Schächerer geworden wären, oder wie man sie heute nennt, große Industrielle. (Heiterkeit.) Wer von den Grundbesitzern das Gesicht hat, in der Art umzusatteln, der hält sich, die übrigen gehen zu Grunde. Der Grundbesitz ist dem Untergang verfallen. (Allgemeines Gelächter.) Und wenn ich für dies Gesetz jetzt stimme, so thue ich es nicht aus Sympathie für den Grundbesitz, sondern aus Bosheit. (Unruhe rechts: Gelächter links.) Was nun den national-ökonomischen Standpunkt betrifft, so darf ein solches Gesetz da keine Anwendung finden, wo die nothwendigen Voraussetzungen des Gesetzes fehlen. Die nothwendige Voraussetzung jener Herren ist die freie Konkurrenz. Wenn diese aber tatsächlich nicht vorhanden ist, so müssen andere gesetzliche Regulatoren eintreten. Die freie Konkurrenz ist aber bei den Darlehen, für welche ich eine Beschränkung aufrecht erhalten wissen will, nicht vorhanden. Denn die freie Konkurrenz setzt vor allen Dingen Dessenlichkeit voraus. Diese Dessenlichkeit kann aber bei solchen kleinen Darlehen nicht stattfinden. Wenn jemand 10,000 Thaler zur Vergrößerung seines Geschäfts gebraucht, so kann er dies wohl in die Bossische Zeitung legen lassen. Wenn aber jemand 5 Thaler pumpen will, so muß er heimlich bei Nacht und Nebel danach in der Stadt herumgehen. (Heiterkeit; Widerspruch.) Selbst Roscher, gewiß ein liberaler Mann, der nicht im Geruch eines Sozialisten oder Reactionärs steht, erklärt ausdrücklich, daß die Aufhebung der Buchergesetze nur für die Kreise gelten könne, wo die Voraussetzung der freien Konkurrenz vorhanden ist.

Wenn auch die Darlehne in derselben juristischen Form erscheinen, so verbergen sich darunter doch verschiedene ökonomische Standpunkte. Es gibt erlich Darlehne zu produktiven Zwecken, meist größere Summen, für die leicht und bequem Binsen gezahlt werden können, sodann gibt es eine Art von Darlehen, von denen die bekannte Anekdote von Saphir und Herrn v. Rothschild einen Beweis giebt. Als nämlich Herr v. Rothschild erzählt haben soll, daß ihm der Arzt Bewegung angerathen habe, sagte Saphir zu ihm: „Pumpen Sie mir 100 Thaler, dann können Sie sich die Beine ablaufen, bis Sie sie wieder bekommen.“ Ein solcher Schriftsteller braucht das Geld nicht zu produktiven Ausgaben, sondern vielleicht um seinen Schneider zu bezahlen oder um Champagner zu trinken. Und es ist wohl anständig, hier das Geld ohne Binsen zu geben (Heiterkeit). Und wenn hier das Binsennehmen auch unanständig ist, so ist es doch nicht niederrächtig. Niederrächtig ist es aber, wenn jemand von seinen Mitmenschen, die sich in bitterer Noth befinden, Binsen nimmt; das ist unbrennhaft. Wenn nun ein Gesetz möglich wäre, worin das Binsennehmen von Darlehnern nach dem ökonomischen Inhalt derselben zu regeln wäre, so würde ich einverstanden damit sein, dies ist aber nicht durchzuführen. Deshalb habe ich mein Amendment dies annähernd zu begrenzen ver sucht; da bei den Darlehnern unter 100 Thalern in der Regel angenommen ist, daß der Darleher aus bitterer Noth ein Darlehen sucht, während die höheren Kapitalien in der Regel zu Produktivzwecken gebraucht werden. Die englische Gesetzgebung steht mir durchaus zur Seite, da dort für Darlehen unter 10 Pfund die Beschränkungen noch bestehen. Die liberalen Dekonomen könnten ruhig für mein Amendment stimmen, ohne ihren Grundsätzen entzu zu werden, da der Grundsatz der freien Konkurrenz nicht darauf anwendbar ist. Die Ansicht, daß nach Aufhebung der Beschränkungen dem kleinen Verkehr mehr Kapital ausfließe, ist nicht richtig. Schulze hat eine Rundschau gehalten unter den Kapitalisten des Hauses; ich möchte dies fortsetzen und die Großen intervallieren, ob sie nach Aufhebung der Binsbeschränkung Kapitalien von 10—50 Thlr. dem Kleinverkehr zur Verfügung stellen wollen. Ich bin überzeugt, sie werden es nicht thun. Der Kapitalverkehr für diese Summe bleibt in den Händen der Klasse von Leuten, die als Kehlab schneider bezeichnet werden, die mit 1000 Thaler Kapital jährlich 2—3000 Thaler Binsen machen wollen. Es ist richtig, ob die Beschränkungen aufgehoben werden oder nicht, gewußt wird doch; aber es ist doch besser, wenn wenigstens ein kleiner gesetzlicher Schutz besteht, hinter dem sich die von Bucherern Verfolgten schließlich noch retten können. Meine Herren, das Volksbewußtsein ist gegen den Bucher gerichtet; es ist dies ein gutes, altes ehrliches Volksbewußtsein, das den, der die Noth und das Elend ausgebettet, für einen miserablen Kerl erklärt. — Schlagen Sie diesem Volksbewußtsein nicht ins Gesicht. — Die Konservativen möchten nun am liebsten den ganzen Gesetzentwurf verwerfen; wenn dies nicht möglich ist, so mögen sie wenigstens retten, was noch zu retten ist. Wenn Sie die Rechtigkeits haben, der Freiheit des Kapitals entgegenzu treten, so nehmen Sie wenigstens mein Amendment an. Herr Schulze hat es für gut befunden, allerlei Dinge zu erwähnen, die nicht zur Sache gehören. Er hat gesprochen von sozialdemokratischen Forderungen, die hier im Hause noch gar nicht gestellt sind. Er hat gesprochen von sozialdemokratischen Agitatoren in nicht sehr respektablen Ausdrücken. Diese Provokation war hier nicht am Platze. Es findet sich vielleicht bald eine Gelegenheit, wo ich die Grundätze des Sozialismus vertheidigen kann; dann werde ich hrn. Schulze zur Rede stehen. Zum Schlus fürdere ich Sie dringend auf, die erste Seite des Gesetzgebers sich in Erinnerung zu bringen; es handelt sich nicht blos um eine Theorie, die an und für sich rich-

tig ist, sondern um die falsche Anwendung derselben. Gewähren Sie die Bins-
freiheit, m. H., nicht aber die Wucherfreiheit.

Bundeskanzler Graf Bismarck: Der Herr Präsident des Bundeskanzler-Amtes hat vorher schon angekündigt, daß die Vertreter der hohen verbündeten Regierungen heute dieser Diskussion gegenüber nicht in der Lage sind, sich im Namen der Gesamtheit der Regierungen auszusprechen. Wohl aber wird es mir vergönnt sein, als Mitglied des Bundesrates einige Worte über die Stellung der preußischen Regierung im Bundesrat zu diesem Gesetzentwurf, wenn er dahin kommt, zu äußern. Es wird sich in dem Bundesrathe zunächst darum handeln, die Schwierigkeiten zu konstatiren, die in den einzelnen Ländern, welche bisher nicht die preußische Gesetzgebung in dieser Frage haben, einer sofortigen Durchführung des Prinzips des Lasker'schen Antrages entgegensehen können. So viel mir gegenwärtig ist, ist auf dem preußischen Gebiet — alten und neuen Stiles — sowie auf sächsischem Gebiet die Freiheit des Binsfages bereits in einer Ausdehnung vorhanden, daß die Annahme des von dem Herrn Vorredner vertretenen Grundsatzes für den größeren Theil des Bundesgebietes wieder eine Aufhebung dieser Freiheit zur Folge haben könnte. (Auf: sehr richtig!) Die Stellung der preußischen Regierung ist durch ihre Anteizidenten in dieser Frage gebunden. (Bravo!) Ich würde als Vertreter der preußischen Regierung dem Prinzip, welches dem Laskerschen Antrage zu Grunde liegt, nicht entgegentreten können, auch wenn es nicht gelingen sollte, die Verbindung mit einer Reform der Hypothekengesetzgebung, die von dieser Seite in Aussicht genommen, herbeizuführen. (Beifall.) Wohl aber halte ich diese Verbindung in hohem Grade für wünschenswerth und würde, wenn sie in dieser Versammlung nicht herbeigeführt werden könnte, doch meinerseits mich für verpflichtet halten, den Versuch zu machen, ob ich auf dem Gebiete der Bundesgesetzgebung glücklicher bin in den Bemühungen, die Schäden unserer Hypothekenordnung zu heilen, als auf dem Gebiete der Landesgesetzgebung, auf welchem es mir, wie ich zu meiner Beschämung bekennen muß, in einer doch einflussreichsten Stellung nicht gelungen ist, diese Angelegenheit auch nur um Haars Breite zu fördern. (Lebhafte Zustimmung.) Ich kann daher diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne diese Frage zum Anknüpfungspunkt im Sinne der Bestrebungen, wie sie in dem Antrage des Abg. v. Blankenburg hervortreten, zu nehmen, um zu sehen, ob wir einen Ausgangspunkt zur raschen Eridigung der Hypothekenverhältnisse auf dieser neuen Bahn zu gewinnen im Stande sind. Um nicht in dem Sinne mißverstanden zu werden, wie der Abgeordnete Schulze diese Angelegenheit ansieht, bemerke ich, daß es nach den Ansichten der Regierung nicht um eine Staatsunterstützung sich handelt (hört!) — eine solche könnten höchstens diejenigen Klassen beanspruchen, als deren Anwalt der Herr Vorredner aufgetreten ist — sondern darum, den Grundbesitz von den Fesseln zu befreien, welche ihm die Hypothekengesetzgebung in dem bei Weitem größeren Theile des Bundesgebietes auferlegte, Fesseln, welche mehr dazu beitragen, ihn kreditlos zu machen, als die Beschränkungen des Binsfages. Ich hoffe, in der Aufhebung dieser Ungerechtigkeit wird die Bundesgesetzgebung glücklicher sein, als es die Landesgesetzgebung wenigstens in Preußen war und gut machen, was sie verschuldete. (Lebhafte Beifall.)

Parlamentarische Nachrichten.

4 Berlin, 10. Oktober. Der Reichstag hat heute einen glänzenden Tag zu registrieren und der Erfolg knüpft sich an den Namen des Abg. Lasker und seinen Antrag auf Beseitigung der Buchergesetze. Es war in der That eine glänzende und würdevolle Debatte, welcher das Intermezzo der Rede des Abg. v. Schweizer als Folie diente. Wohl mehr aus leicht erklärlicher Neugierde als aus anderen Gründen füllten sich die Plätze, als Hr. v. Schweizer die Tribüne betrat, um seine Ansichten in einer Weise und einer Form zu entwickeln, wie sie in parlamentarischen Versammlungen sicher selten vorkommen und in diesem Saale eine ganz neue Erscheinung gewesen sein mag. Ein seltsames Lächeln zeigte sich auf den Gesichtern der Herren im äußersten Winkel der linken Seite, wenn der Redner mit einem gewissen Pathos anhub: „Wir Social-Demokraten“; wie seine Wähler mit diesem seltsamen Debut ihres Vertreters in einer so wichtigen Frage zufrieden sein mögen, sei dahingestellt, die Sozialdemokraten, als deren Größe er sich gerierte, scheinen nicht eben besonders stolz auf diese zu sein. In äußerlicher Beziehung waren Redner und Rede durch die große Selbstdisfizilität bemerkenswerth, womit sie sich darboten. Alles, was der Redner für eine scherzhafte Bemerkung zu halten geneigt schien, führte er mit einer Belächelung ein, die von Niemandem im Saale getheilt wurde und nur, wenn er recht ernsthafte sprach, ward das Haus wiederholt in Heiterkeit versetzt. Der Graf von Schulenburg-Wenbergdorf, der sich bisher durch geschickte Schluszanträge bemerklich gemacht hat, schien nicht über Lust zu haben, sich zu einem Mentor des Hauses zu machen, man wird es dem Präsidenten Dank wissen, daß er einen Eingriff in die ihm allein zustehende Handhabung der Ordnung abwies. Der Abg. Lasker hatte seinen besonders guten Tag, wie leicht ihm die Sachen auch durch den Herrn v. Schweizer und den Abg. Wagener (Neustettin) gemacht war, den wir auch schon viel besser haben sprechen hören. Sehr glänzend und wirksam sprachen Braun (Wiesbaden) und Schulze (Berlin) für den Lasker'schen Antrag. Bemerkenswerth in hohem Maafse waren die Reden vom Ministertisch aus. Was der Präsident des Bundeskanzleramtes sagte, darf als Ausdruck einer vielfach im Schooße des Bundesrates ventilirten Ansicht angesehen werden, welche dahin geht, daß man in Zukunft bei Einbringung ähnlicher Anträge aus der Mitte des Reichstages entweder durch den Präsidenten oder den Antragsteller offizielle Kunde von dem Antrage zu haben wünscht, um sofort über die Stellung des Bundesrates sich schlüssig machen zu können. — Von grohen Eindruck war die Erklärung des Bundeskanzlers namentlich in Bezug auf seine fünfjährigen vergeblichen Bemühungen zur Emanzipation einer Hypotheken-Ordnung. Man wußte nach dieser Rede, daß die Bemühung des Reichstages für Aufhebung der Buchergesetze keine vergebliche war. Was der Bundeskanzler in Bezug auf die Hypothekenbanken sagte, scheint in Zwischenzuhammenhange mit dem zu stehen, was man über den Gang der Verhandlungen zwischen den einzelnen Fraktionen über den Lehndorff'schen Antrag hörte.

Diese Verhandlungen haben zu der Überzeugung geführt, daß man mit dem Gesetzesvorwurf doch nicht zum Ziele gelangen könne; man war daher entschlossen, eine Resolution an Stelle jenes Entwurfs mit der Aufforderung an den Bundeskanzler einzubringen im Sinne des Entwurfs vorzugehen, und wird nun durch die heutige Rede des Bundeskanzlers darin bestärkt worden sein. — Die Linke bereitet einen Gegen-Antrag auf Erlass von Normativ-Bedingungen vor, auf deren Erfüllung die Errichtung von Hypothekenbanken, Pfandbrief-Instituten &c. gestattet werden soll. — Ein interessanter Moment der heutigen Sitzung war übrigens die Abstimmung über den Antrag Schweizer. Der Antragsteller selbst trat in dem Augenblicke ein, wo Alles sich beeilt hatte, seinen Platz einzunehmen und aller Blick sich nach den Parteigenossen Schweizers richteten. Niemand erhob sich, im Saale stand de-

Antragsteller allein und sah sich lächelnd ringsum — unter allgemeiner Heiterkeit wurde sein Antrag verworfen.

Dem Nachtrag zu Hirth's Parlaments-Almanach entnehmen wir Folgendes:

Recapitulation.

a) Konservative Fraktion	58	Mitgl. gegen 59 im März.
b) Freie Konservative Vereinigung	31	" " 39 "
c) Fraktion des Centrums	13	" " 27 "
d) Bundesst.-konstitut. Verein	21	" " 18 "
e) National-liberale Fraktion	71	" " 79 "
f) Freie Vereinigung	13	" " 14 "
g) Deutsche Fortschrittspartei	29	" " 19 "
h) Polen	11	" " 13 "
Summa 247 Mitgl. gegen 268 im März.		
i) Dazu keiner Fraktion Angehörige	41	" " 28 "
Bis zum 7. Oktober gewählt 288 Mitgl. gegen 296 im März. Die gesetzmäßige Mitgliederzahl des Reichstags ist 297; der konst. Reichstag schloß mit einem erledigten Mandate (Michelis für Kempen), im 1. ordentl. Reichstag sind gegenwärtig noch nicht vertreten die Wahlkreise: 1. Königsberg, 2. Allenstein-Nössel, 3. Leobsdürz, 4. Warburg-Hörter, 5. Mörs-Rees, 6. Eupen-Aachen, 7. Münster-Coesfeld, 8. Ems-Laurich, 9. Düsseldorf. Diese Unvollständigkeit, sowie die gegenwärtig noch große Anzahl keiner Fraktion Angehöriger lassen einen triftigen Vergleich des Fraktionsbestandes im konstituierenden und ersten ordentlichen Reichstag nicht zu. Versuchen wir indessen, die gegenwärtigen Mitglieder in zwei Hälften zu teilen, eine „Rechte“ und eine „Linke“, so zwar, daß ersterer die Fraktionen a), b), c) und 9 Mitglieder des bundesstaatl.-konstitutionellen Vereins, letzterer die Fraktionen e) bis h) und 12 Mitglieder des bundesstaatlich-konstitutionellen Vereins, und ferner von den keiner Fraktion Angehörigen ersterer 17 und letzterer 24 Mitglieder zugezählt werden, so erhalten wir für die „Rechte“ 128 Mitgl. oder 44,5 % des jetzigen Bestands, die „Linke“ 160 " " 55,5 % "		

L o f a l e s

Posen, 11. Oktober. Die gestern in Berlin um 2 Uhr 23 Minuten Nachmittags für unsere Zeitung aufgegebene Börsen-Depeche kam in Posen um 9 Uhr 13 Minuten Abends an. Die in Stettin um 1 Uhr 15 Minuten Nachmittags aufgegebene kam um 7 Uhr 46 Minuten Abends hier an. Ein Grund der Verzögerung war nicht angegeben.

Die Zeitungsbeförderung unterliegt gleichfalls Störungen:

Aus Dresden schreibt uns ein Abonnent der „Pos. Ztg.“, daß dieselbe gewöhnlich zwei volle Tage unterwegs sei; eben so viel Zeit brauchte die „D. A. Z.“ früher, um aus Leipzig zu uns zu gelangen. Ihre starke Durchräumung ließ vermuthen, daß sie in dem Bureau eines politischen Postbeamten zurückzuhalten wurde.

Ein in Bayern ansässiger Leser unserer Zeitung beschlägt sich, daß er nach der Verstellung des Blattes auf vorliger Post vierzehn Tage warten müsse, bis er die erste Nummer zu Gesicht bekomme. Er versuchte deshalb hier am Orte zu abonniren, was bekanntlich nicht angeht.

— [S. d. w. gericht.] Aus der Sitzung vom Dienstag den 8. d. M.
haben wir noch eine Anfrage wider den Wirth Vincent Maciejski aus We-

„40 Thlr. — hauptsächlich Bierzig Thaler — habe ich Franz Piechurski, Wirth zu Giecz, am heutigen Tage von dem Johann Kubiaik aus Chlapomo geliehen, diese verpflichte ich mich nebst 5 pCt. Binen
Gießl Bieneck w. St. Wallerst. 1867. schreiber.“

(inkl. Binsen zu St. Adalbert 1867) abzugeben.
Chlapowo, den 20. April 1866.
Franz Piechurski, Valentin Florkowski,
Marianna Piechurska, Krüger und Zeuge,"
vorgezeigt und zum Kauf angeboten. Nachdem Wolff, des Polnischen unkundig, sich über den Inhalt der Schrift vergewissert, erklärte er sich zum Erwerb der angeblich darin verbrieften Forderung bereit und gab dem Angeklagten 20 Thlr. dafür, wofür dieser ihm notariell die Forderung cedire. Auf den Vorschlag des Wolff jedoch, mit ihm nach Giecz zu fahren, um mit Piechurski wegen der Bezahlung Rücksprache zu nehmen, ging der Angeklagte zwar ein, sprang aber in der Nähe von Giecz vom Wagen und suchte zu entfliehen. Er wurde jedoch festgehalten, gab nun seinen wirklichen Namen an und gestand ein, das Schriftstück selbst geschrieben zu haben. Nachträglich hat der Schwiegervater des Angeklagten dem Wolff die noch beim Angeklagten vorgefundenen 18 Thlr. 5 Sgr. und ein Stück Hosenzeug, welches dieser in Schrода für 1 Thlr. gefauft hatte, gegeben, und noch 10 Thlr. vergleichsweise gezahlt, so daß Wolff nicht nur keinen Schaden erlitten, sondern im Gegenteil noch ein recht gutes — seinem Charakter nach freilich sehr zweifelhaftes — Geschäft gemacht hat. Der Angeklagte war auch heute der Fälschung des Schriftstücks geständig; der von ihm eingeräumte Thatbestand involvierte erschöpfend die geleglichen Erfordernisse einer Urkundenfälschung, und da ihm auch Seitens der Staatsanwaltschaft und des Gerichtshofes die von der Vertheidigung für ihn in Anspruch genommenen mildernden Umstände zugebilligt wurden, so erfolgte seine Verurteilung ohne Buziehung der Geschworenen. Maciejewski wurde zu dem gesetzlich niedrigsten Strafmahl von 3 Monaten Gefängnis und 5 Thlr. Geldbuße, im ^{Wieder} ^{zur} ^{erste} ^{mal} ^{noch} einer Mode Gefängnis verurtheilt.

— Die auf den 10. d. Mts. anberaumte ordentliche Generalversammlung des allgemeinen Männergesangvereins im Odeum-Saal hatte sowohl Seitens der aktiven wie auch der passiven Vereinsmitglieder eine rege Beteiligung gefunden und wurde um 8 Uhr Abends mit Eröffnung des Jahresberichts vom Rendanten eröffnet. Die Jahresrechnung, wenngleich der Stat in einigen Titeln nicht immegehalten, vielmehr in Folge unvergesehener Fälle überschritten werden mußte, ergiebt einen sehr befriedigenden Abschluß und weist einen erheblichen Barbestand nach. Die Mitgliederzahl hat sich während des abgelaufenen Verwaltungsjahres bedeutend erhöht, der Abgang dagegen ist gering, so daß der Verein gegenwärtig circa 235 Mitglieder zählt, darunter über 60 Sänger.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung betrifft die Notatenbeantwortung über die Jahresrechnung pro 1865/66. Einige von der Rechnungs-Revisionskommission in dieser Rechnung gezogenen Monita haben von Seiten des Rendanten eine spezielle Beantwortung und Erledigung erfahren, weshalb die Kommission die Ertheilung der Deckcharge bei der Generalversammlung beantragte. Dieser Antrag wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. Dem Rendanten gab die Versammlung darauf durch Erhebung von den Sizien ihren Dank für seine zeitraubende Mühemhaltung zu erkennen.

Schließlich schritt die Versammlung zur Wahl des Vorstandes für das Verwaltungsjahr pro 1867/68. Die Wahl fiel auf die Herren Oberstabsarzt Dr. Mayer, Zahlmeister Weiche, Bergolder Hoeven, Musiklehrer Gütlich, Uhrmacher Schnibbe und Apotheker Kierschtein. Der technische Dirigent des Vereins bleibt statutarisch der königl. Musik-Direktor Herr Vogt. Die vorhin genannten Herren erklärten sich zur Annahme der Wahl bereit. In die Rechnungs-Revisionskommission behufs Prüfung der letzten Jahresrechnung wurden die Mitglieder der vorigen Kommission, nämlich die Herren Hildt und

Krieger wiedergewählt, außerdem Herr Graupner neugewählt; die Wahl der Stellvertreter traf die Herren Borowicz und Lucas.

An die Sänger erging Seitens des Dirigenten die Aufforderung, die Übungsstunden von nun ab regelmäßig zu besuchen, da es sich um die Einübung der sehr vielen unbekannten Otto'schen „Gesellschaften“ handelt. Die Generalversammlung sprach bei dieser Gelegenheit den Wunsch aus, den die Strafen gegen säumige Sänger betreffenden Paragraphen des Vereinsstatuts in seiner ganzen Schärfe zur Anwendung zu bringen.

— [Der amerikanische Karavan-Salon], welchen Herr George Dietz auf dem zugeschütteten Theile des Sapiehaplazes vorgestern eröffnet hat, enthält eine nicht unbedeutende Zahl von Gegenständen aus dem Gebiete der Mechanik und Modellkunst, die jedoch alle von einem wahrhaften Meisterwerke — Martinet's mechanischen Elephanten — übertragen werden. Durch ein im Innern angebrachtes, höchst kunstvoll gearbeitetes Uhrwerk, werden die einzelnen Theile des gesamten 6 Fuß hohen und 4 Fuß breiten, in Bronze und vergoldetem Silber ausgeführten, mit Edelsteinen ausgelegten Kunstuwerks in Bewegung gesetzt; der Elephant selbst bewegt Füße, Rüssel, Schweif und Ohren, an dem Piedestal und an dem Thurne auf seinem Rücken angebrachte Figuren werden lebendig, künstlich gearbeitete Blumen schließen und öffnen ihre Kelche, überall Leben und Bewegung, getrieben durch ein einziges Räderwerk. Allerdings soll der Schöpfer dieses Kunstuwerkes, Mechanicus Hubert Martinet aus Rheims, 10 Jahre über denselben gearbeitet haben; es war angeblich auf Veranlassung und Kosten der ostindischen Compagnie in London für einen indischen Nabob angefertigt, welcher indessen noch vor Vollendung des Werkes starb. Für Kunstfreunde dürfte dasselbe bestimmt von großem Interesse sein.

Aber auch die übrigen Gegenstände der reichhaltigen Ausstellung verdienen lobenswerte Erwähnung. Der Mechanismus in dem Taschenspieler mit dem Becherspiel, in dem sterbenden Soldaten, dem lesenden Greife &c. bringt naturgetreues Leben in die einzelnen Figuren und die arrangierten Gruppen und Tableaus, deren Gegenstände der biblischen, Welt- und Tagesgeschichte entlehnt sind. Auch die auf den angebrachten, sich um ihre Axe bewegende Sonne gibt Zeugnis von einer sehr sinnig ausgeführten Konstruktion. Es dürfte bestimmt Niemand unbeschiedigt den Salon verlassen.

Bermischtes.

* London. [Ein weiblicher Arzt.] Raum ist Dr. Mary Walker wieder über das atlantische Meer nach ihrer Heimat gegangen, als England schon wieder den Besuch einer promovirten Amerikanerin erhält. Dr. Anna Denison, Professor der Geburtshilfe an dem medizinischen College für Frauen in New York, erfreut sich neben dieser Anstellung dort einer Privatpraxis, um die sie mancher männliche Arzt von ziemlichem Ruf in großen

Städten beneiden würde. Die Jüngerin Aesculaps vermeidet in ihrer Erscheinung alles Aufzuhören, hat ihre weibliche Kleidung beibehalten, vermeidet alle Offenlichkeit und soll, nach dem Urtheil von hiesigen medizinischen Autoritäten, in ihrem Wesen sehr angenehm und dabei in ihrem Fach gründlich durchgebildet und mit den liberalen Prinzipien der neueren Wissenschaft vollständig im Einflange sein.

* [Lächerlich, aber zwedmäßig.] Bekanntlich hat der Senfer Friedenskongress beschlossen, sich im nächsten Jahre in Mannheim zu versammeln, um seine diesjährige „friedlichen“ Verhandlungen dort fortzuführen. In Mannheim sorgt man denn auch bereits für dessen Aufnahme und lädt sich vernünftiger Weise das notwendige Erfordernis zuerst und zumeist angelegen sein. Ein Artikel in der „Bad. Landeszeitung“ aus Mannheim vom 26. September berichtet darüber: „Der Ortsausschuss für den im nächsten Jahre hier abzuhaltenen Friedenskongress ist dem Vernehmen nach bereits in eifriger Thätigkeit und hat zunächst die Ausschreibung einer Lieferung von 5 Klaftern Knüppelholz für den Bedarf des Kongresses beschlossen.“

Angekommene Fremde

vom 11. Oktober.

HOTEL DE BERLIN. Major Stempel aus Glatz, Premierleutnant Müller aus Treptow, Seminardirektor Stolle nebst Familie aus Koźmin, die Rentiers Egesdorff aus Linden und Chotomski aus Gnesen, Rentiere Frau v. Bezyk nebst Tochter aus Rybnice, Kaufmann Bruner nebst Familie aus Gnesen, Königl. Berggrath Bischof aus Schönebeck, Guts-pächter Morgenstern aus Starcine, die Rittergutsbesitzer v. Sablocki aus Lenglisewo, Haas aus Nowiec, Haupt nebst Familie aus Kolaika, Jawerni nebst Frau aus Nagradowice und Petrik aus Chiby, Stiftsgüteradministrator Bries nebst Frau aus Lubosc, f. Landrat Feige nebst Frau aus Wreden, Gutsbesitzer Brauer aus Blotnitz.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer v. Goltz, Mitterne aus Chwałkowo, Lieutenant und Rittergutsbesitzer Birth aus Lopienno, Lieutenant v. Kehler und Hauptmann Mathias nebst Frau aus Gnesen, die Kaufleute Dühringston aus Birmingham, Cohn aus Breslau, Appmann aus Dresden, Meyer aus Ebersfeld, Heydemann aus Bittau und Bürklin aus Pforzheim.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Rittergutsbesitzer Łęcki aus Konin, Graf Bniński aus Czernachowo, v. Radomski aus Dominowo und v. Stablerski aus Boleśc.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Kammerherr und Rittergutsbesitzer v. Morawski aus Lubonia, die Rittergutsbesitzer v. Wilkonski nebst Frau aus Morka, v. Sänger aus Polajewo, v. Treskow aus Radojewo und v.

Bulhel nebst Sohne und Mustdirektor Grüne aus Ruhland, Sanitäts-rath Dr. Belasko nebst Frau aus Kowanowo, die Kaufleute Rothdorst OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Privater v. Tafowska aus Berlin, Rentier v. Jagodzinski aus Kaiserswalde, die Kaufleute Brockschmidt aus Os-nabück, Sander aus Stettin und Seitzsch aus Hamburg, Student Krzesinski aus Breslau, Fabrikant Oborski aus Liegnitz, und Böhme aus Berlin, Rinkel und Scharenberg aus Breslau, Mann-stein aus Frankfurt a. O. und Giese aus Stettin, Rentier Gregor aus Posen.

SCHWARZER ADLER. Frau Oberförster Altkiewicz aus Czerniewo, Bürger Włodarski aus Kurnit, die Rittergutsbesitzer Frau v. Garnczyna aus Węgorzewo, Frau v. Palczynska aus Barzewo, Frau v. Serebrynska aus Sosnowko, Gladysz aus Prusinina und v. Malczewski aus Swinary, Holzhändler Prendart nebst Bruder aus Ujez, Gutsbesitzer v. Sa-chocki aus Bazarin, Frau Hübser aus Drzeżkowo.

KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Rittergutsbesitzer Caro nebst Frau aus Węgierski, Gutsbesitzer Eichst aus Bidzilow, die Kaufleute Schreiber aus Bromberg, Cohn aus Driezen, Glogowski aus Jarocin, Borchardt aus Pinne, Kaiser aus Kratoschin, Herzberg aus Konin, Pełz aus Gordon, Adam aus Bissa und Müldauer aus Stenschewo, Studio-Raupe aus Schniedemühl.

HOTEL DE PARIS. Die Gutsbesitzer Sawadzki nebst Familie aus Gwiazdowo, Sawadzki aus Swierkowice, Szeliński aus Dreżkowo, Helmutz aus Młodziejewice und Lichtwald aus Bednary, Kaufmann Kassar aus Wiloslaw.

BAZAR. Die Agronomen Brunwey, Karwowski und Cioromski aus Prus-ki, die Gutsbesitzer Turno aus Obiezirze, Moszczenski aus Stempu-chomo, Frau Szabuniewicz und Frau Hryncewicz aus Dresden

SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG. Die Lehrer Szymanski nebst Sohne aus Michorzecko und Przewoznietz aus Gr. Leśna, die Bürger Wysocki aus Rions und Kärnchen aus Buf, die Kaufleute Abraham, Spiro u. Berg aus Buf, Werkführer Stange nebst Frau a. P. Kone.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Opernsänger Jäger aus Berlin, Fabrikant Neumann aus Frankfurt a. M., die Kaufleute Nagelt aus Breslau, Ulbrecht aus Oppeln, Jacobi aus Bromberg, Otto aus Stettin, Greis-hardi aus Berlin und Bulmann aus Danzig.

ZUM LAMM. Die Defonomen Köhler aus Dreihahn und Włostawski aus Buf, die Handelsleute Hirsch und Feibel Hirsch aus Wayna in Ruhland, Brenner-Inspektor Lachner aus Krajnierz.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsbesitzer Graf Ciecierski aus Polen, Frau v. Sablocki nebst Familie aus Czerlin, Frau v. Mittelstadt aus Kunowo, Frau v. Nastrowska aus Dezkowiec, Schüler Weber aus Samter.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Handels-Register.

Die Gesellschafter der in Posen unter der Firma Paul Jolowicz & Sohn am heutigen Tage errichteten offenen Handelsge-sellschaft sind:

1) der Kaufmann Paul Jolowicz,
2) der Kaufmann Jacob Jolowicz,
beide zu Posen.

Dies ist heute in unser Gesellschafts-Register unter Nr. 118 eingetragen.

Posen, den 4. Oktober 1867.

Königliches Kreisgericht.

Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

Die in unserem Firmenregister unter Nr. 111 eingetragene Firma „M. Brus“ — Inhaber Kaufmann Michael Brus in Konin — ist erloschen und zufolge Verfügung vom heutigen Tage gelöscht worden.

Posen, am 7. Oktober 1867.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Posen.

Abtheilung für Civilsachen.

Posen, den 27. April 1867.

Das dem Fabrikbesitzer Wilhelm Pohl gehörige, zu Görschni unter Nr. 112, belegene Grundstück, abgeschägt auf 8334 Thlr. 3 Gr. 2 Pf., zufolge der nebst Hypothekenchein in der Registratur einzuführenden Tage soll am

25. November 1867

Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastiert werden. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung ihre Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Posen.

Abtheilung für Civilsachen.

Posen, den 26. Juni 1867.

Das dem Leon v. Makowski und den Stephan und Helene, geborene Schröetter v. Makowski'schen Cheleuten gehörige, in der Stadt Posen und deren Vorstadt St. Martin unter Nr. 353, belegene Grundstück, (in der Berlinerstraße) abgeschägt auf 11.829 Thlr. 10 Gr. 3 Pf. zufolge der nebst Hypothekenchein in der Registratur einzuführenden Tage, soll

am 19. Februar 1868

Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastiert werden. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung ihre Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Kreis-Gericht zu Gnesen,

den 2. August 1867.

Das dem Fräulein Elisabeth Victoria v. Tucholska adjudicirte Rittergut Gorzynowo, zu welchem die Gutsanteile Lubomęz-czyński und Malczewski gehörten, landlich abgeschägt auf 60.023 Thlr. 18 Gr. zufolge der nebst Hypothekenchein und Bedingungen in der Registratur einzuführenden Tage, soll

am 5. März 1868

Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle resubhastiert werden. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung ihre Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastations-Gericht anzumelden.

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Kreisgericht, 1. Abtheilung, zu Rogasen.

Das zu Rogasen unter Nr. 285, belegene, dem Maurermeister Ludwig Wagner gehörige Grundstück, abgeschägt auf 7368 Thlr. 28 Gr. 9 Pf. zufolge der nebst Hypothekenchein und Bedingungen in der Registratur einzuführenden Tage, soll

am 5. Februar 1868

Vormittags um 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastiert werden. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung ihre Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastations-Gericht anzumelden.

Der dem Aufenthalte nach unbekannte Gläubiger, Bim-mermeister Louis Rosche aus Boitsch bei Bitterfeld wird hierzu öffentlich vor-geladen.

Rogasen, den 21. Juni 1867.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Posen.

Abtheilung für Civilsachen.

Posen, den 29. September 1867.

Die dem Wojciech Romuald Blażejewski und seiner geschiedenen Chefrau Sza-łomea verwitwet gewesenen Wdowicka gehörigen, zu Stefasew sub Nr. 23. und 31. belegenen beiden Grundstücke, deren ersteres auf 1029 Thlr. 18 Gr. 6 Pf. und letzteres auf 5475 Thlr. 9 Gr. 2 Pf. laut gerichtlicher nebst dem Hypothekenchein in der Registratur einzuführenden Tage, soll am

18. Mai 1868

Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastiert werden. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung ihre Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Die dem Außenhause nach unbekannten Erben der Witwe Scholastica Gierczyk, Besitzerin des mitterhaften Grundstücks Stefasew Nr. 103 B., werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Das sub Nr. 27, hier selbst am Makte belegene

Wohnhaus nebst Stallungen und Hintergebäu-den, welches sich zur Einrichtung einer Gast-wirtschaft eignet, ist eingetreter Familienvor-hälfte wegen aus freier Hand zu verkaufen. Nähere Auskunft hierüber erhält der Unter-zeichner auf frankirte Briefe.

Šroda, den 3. Oktober 1867.

A. Neyman, Kämmerer.

Ein Güttchen

von 3 bis 500 Mrg., das guten und revidirten Boden, sowie sicheren Hypothekenstand besitzt und dessen Preis nicht über den Werth geht, wird zu kaufen gesucht. Öfferten bittet man unter Adr.: P. P. 30. Schwerenz, poste-restante einzufinden.

Sprzedaż konieczna.

Sąd powiatowy w Rogoźnie,

Wydział I.

Nieruchomość w Rogoźnie pod Nr. 285, położona, należąca do majstra mularskiego Ludwika Wagnera, oszacowana na 7368 tal. 28 gr. 9 fen. wedle taksy, mo-gącą być przejrzanej wraz z wykazem hi-poteczny i warunkami w registraturze, ma

dnia 5. Lutego 1868.

przed południem o godzinie 11.

w miejscu zwykłym posiedzeń sądowych sprzedana.

Wierzyce, żądający zaspokojenia swego ze sztuczną kupną co do wierności nie nio-wykającej się z księgi hipotecznej, winni takową podać do sądu subhastacyjnego.

Z pobytu swego niezajmowany wierzytel-ny master ciesielski Ludwik Rosche z Boitsch pod Bitterfeld zapożycza się niniejsz-ym szem publicznie.

Rogoźno, dnia 21. Czerwca 1867.

Dem Herrn Lehrer Gossow, Diri-genten der Privat-Unterrichtsanstalt zu Neutomysl, früher in Stenzewo, fühlte ich mich verpflichtet, für den gewis-senhaften und erfolgreichen Unterricht, welchen er meinem 10 Jahr alten Sohne durch kaum 2 Jahre erhielt und wodurch er ihm den Gymnasialbesuch sehr erleichtert hat, hiermit öffentlich meinen besten Dank auszusprechen.

Dem Herrn Lehrer Gossow, Diri-genten der Privat-Unterrichtsanstalt zu Neutomysl, früher in Stenzewo, fühlte ich mich verpflichtet, für den gewis-senhaften und erfolgreichen Unterricht, welchen er meinem 10 Jahr alten Sohne durch kaum 2 Jahre erhielt und wodurch er ihm den Gymnasialbesuch sehr erleichtert hat, hiermit öffentlich meinen besten Dank auszusprechen.

Produkten-Börse.

Berlin, 10. Oktbr. Wind: N. Barometer: 27¹¹. Thermometer:

Früh 3°+. Witterung: Schön.

Eine sehr intensive Blaue ist heute im Verkehr mit Roggen zum Durchbruch gelangt. Der bedeutende Rückgang, den die Preise erfahren haben, spricht schon deutlich dafür, wie sehr das Angebot der Kauflust überlegen gewesen ist. Der Umsatz ist bei allem nicht gerade als sonderlich lebhaft zu bezeichnen, denn es fehlt einerseits an Käufern und die Abgeber widerstreiten andererseits den schlechteren Preisen sehr. Effektive Ware ist recht reichlich angeboten und der Absatz bildet schwerfällig trotz ansehnlicher herabgesetzter Konditionen. Gefündigt 13,000 Ctr. Kündigungspreis 74¹ R.

Weizen hat den Einstieg der Blaue für Roggen nicht widerstehen können und wurde auf alle Sichten, besonders aber auf nahe Lieferung, in Folge vermehrter Kündigungen billiger verkauft. Gefündigt 16,000 Ctr. Kündigungspreis 90¹ R.

Hafer loko flau, Termine niedriger. Gefündigt 1800 Ctr. Kündigungspreis 30¹ R.

Rübböhl ohne wesentliche Änderung bei leidlichem Umsatz.

Spiritus recht fest eröffnend, geriet aber allmälig für entfernte Termine stark ins Weichen, Herbst wurde hieron wenig beeinflusst. Gefündigt 210,000 Quart. Kündigungspreis 23¹ R.

Weizen loko pr. 2100 Pfds. 91—106 R. nach Qualität, pr. 2000 Pfds. per diesen Monat 92 a 90¹ R. b., Oktbr.-Novbr. 91 a 90 R. Novbr.-Dezbr. 90¹ a 90 R. April-Mai 90¹ a 90 R.

Roggen loko pr. 2000 Pfds. 73 R. b., per diesen Monat 75¹ a 73¹ R. R. Oktbr.-Novbr. 72¹ a 70¹ R. Novbr.-Dezbr. 71 a 69 R. April-Mai 69¹ a 68 R.

Gerste loko pr. 1750 Pfds. 47—55 R. nach Qualität, 52¹ a 5 R. b.

Hafer loko pr. 1200 Pfds. 30—33 R. nach Qualität, 30 a 30¹ R. b., per diesen Monat 31 a 20¹ R. b., Oktbr.-Novbr. 30¹ a 30 R. Novbr.-Dezbr. 29¹ R. April-Mai 31¹ a 1¹ R. b., Mai-Juni 32 R. u. Gd.

Erbsen pr. 2250 Pfds. Konditionare 70—80 R. nach Qualität, Butterware 70—80 R. nach Qualität.

Raps pr. 1800 Pfds. 84—89 R.

Rüben, Winter, 81—87 R.

Rübböhl loko pr. 100 Pfds. ohne Baf 11¹ R. Br., per diesen Monat 11¹ a 13¹ R. b., Oktbr.-Novbr. 11¹ a 13¹, b., Novbr.-Dezbr. 11¹ b., Debr. Jan. 11¹ b., Jan. Febr. 11¹ R. b., Febr.-März 12 R. April-Mai 12¹ a 13¹ R.

Leinöl loko 14 R. Br.

Spiritus pr. 8000% loko ohne Baf 23¹ a 5 R. b., per diesen Monat 23¹ a 3 a 5 R. b., Br. u. Gd., Oktbr.-Novbr. 20¹ a 20 R. b., u. Br., 19¹ Gd., Novbr.-Dezbr. 20¹ a 20 R. b., u. Br., 19¹ Gd., April-Mai 20¹ a 15 R. b., u. Gd., 1¹ Br.

Mehl. Weizenmehl Nr. 0. 6¹—6¹ R., Nr. 0. u. 1. 6¹—6 R., Roggenmehl Nr. 0. 5¹—5¹ R., Nr. 0. u. 1. 5¹—5 R. b., pr. Cr. unversteuert. (B. S. B.)

Stettin, 10. Oktbr. [Amtlicher Bericht.] Wetter: Leicht bewölkt, Nach Regen, + 8° R. Barometer: 27.10. Wind: NW.

Weizen niedriger, p. 2125 Pfds. gelber loko 93—104 R., p. 83/85 Pfds. gelber pr. Oktbr. 103 R. b., Oktbr.-Novbr. 98¹ R. b., Frühjahr 99, 98 R. b.

Roggen flau und niedriger, p. 2000 Pfds. loko 73¹—77 R., pr. Oktbr. 76—75 R. b., u. Br., Oktbr.-Novbr. 73¹ a 70¹ R. b., Frühjahr 70¹, 69, 69¹ R. b., u. Br., 69 Gd.

Gerste behauptet, loko p. 1750 Pfds. Oderbr. 53—54 R., ungar. 55 R., schles. 53—55 R., mähr. 54—55¹ R., p. 69/70 Pfds. pom. pr. Frühjahr 54 R. Br., schles. 55 R. b.

Hafer wenig verändert, p. 1300 Pfds. loko 34—35 R., p. 47/50 Pfds. pr. Oktbr. 35, 35¹ a 1 R. b., Frühjahr 35 R.

Erbsen loko 68—72 R.

Rübböhl matter, loko 11¹ R. Br., pr. Oktbr. 11¹ R. b., u. Br., Novbr. 11¹ R. b., u. Br., Dezbr.-Jan. 11¹ R. Br., April-Mai 12 R.

Spiritus niedriger, loko ohne Baf 23¹ a 5 R. b., pr. Oktbr. 22¹ a 5 R. b., Oktbr.-Novbr. 20¹ a 5 R. b., Frühjahr 20¹ a 5, 21 R. b., 20¹ R. Br. u. Gd.

Angemeldet: Nichts.

Regulierungspreise: Weizen 103 R., Roggen 75¹ R., Hafer 35¹ R., Rübböhl 11¹ R., Spiritus 22¹ R.

Winterrüben loko 83—86¹ R.

Petroleum loko 7¹ a 5 R. b., pr. Novbr. 7¹ a 5 R. b., u. Br., 7¹ R. Gd., Novbr.-Dezbr. 7¹ R. b.

Talg, la russ. gelb-Lichten. 14¹ a 5, 5, 1 R. b.

Hanföl 12¹ R. b.

Sonnenblumenöl 13¹ R. b., 1 R. gef.

Cocunusöl, Ceylon 19 R. b.

Schweinefischöl, amerikanisches 5¹ R. Gd. b.

Hering, Ahlen 9¹ R. b., tr. b.

(Ost-Btg.)

Breslau, 10. Oktbr. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.]

Roggan (p. 2000 Pfds.) weichend, gef. 1000 Ctr., pr. Oktbr. 70¹ R., schließt

69 R. Br., Oktbr.-Novbr. 67¹ R. Br., Novbr.-Dezbr. 65¹ R. b., April-Mai 65—64 R. b., schließt 63¹ R.

Weizen pr. Oktbr. 93 R.

Gerste pr. Oktbr. 54 R.

Hafer pr. Oktbr. 49 R.

Raps pr. Oktbr. 96¹ R.

Rübböhl höher, loko 11¹ R. b., pr. Oktbr. und Oktbr.-Novbr. 11 R. b., Novbr.-Dezbr. 11¹ R. b., Dezbr.-Jan. 11¹ R. b., Jan.-Febr. 11¹ R. b., April-Mai 11¹ a 1 R. b.

Spiritus schließt ruhiger, loko 21¹ R. Gd., 21¹ R. Br., pr. Oktbr. 21¹ a 1 R. b., u. Gd., Oktbr.-Novbr. 19¹ R. b., Novbr.-Dezbr. 19¹ R. Gd., in einem Halle 19 R. b., April-Mai 19¹ a 1 R. b.

Sink fest.

Die Börsen-Kommission.

(Bestätigungen der politischen Kommission.)

Breslau, den 10. Oktober 1867.

feine mittel ord. Ware.

Weizen, weißer 115—118 112 106—110 Sgr.

do. gelber 112—115 110 104—107

Roggan 89 88 87

Gerste 62—64 61 58—60

Hafer 37 36 35

Raps 70—74 69 65—67

(Bresl. Hdls.-Bl.)

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Kommission zur Bestellung

der Marktpreise von Raps und Rüben.

Raps 208 Sgr. 198 Sgr. 188 Sgr.

Winterrüben 199 189 179

Sommerrüben 182 172 162

Dotter 162 152 142

(Bresl. Hdls.-Bl.)

Görlitz, 10. Oktbr. Weizen (weiß) 3 Thlr. 20 Sgr. bis 4 Thlr. 33 Sgr., Weizen (gelb) 3 Thlr. 10 Sgr. bis 3 Thlr. 27¹ Sgr., Roggen 2 Thlr. 22¹ Sgr. bis 3 Thlr. 5 Sgr., Gerste 1 Thlr. 27¹ Sgr. bis 2 Thlr. 5 Sgr., Hafer 1 Thlr. 2¹ Sgr. bis 1 Thlr. 7¹ Sgr., Erbsen 2 Thlr. 15 Sgr. bis 3 Thlr. — Sgr., Kartoffeln 16 Sgr. bis 20 Sgr., Stroh & Schok 5 Sgr. bis 6 Thlr. — Sgr., Heu à Centner 17¹ Sgr. bis 22¹ Sgr., Butter à Pfund 8 Sgr. bis 9 Sgr.

Magdeburg, 10. Oktbr. Weizen 90—94 R., Roggen 72—75 R., Gerste 48—54 R., Hafer 30—32 R.

Kartoffelspiritus. Lokoware besser beachtet, Termine nicht gehandelt. Loko ohne Baf 23¹ a 5 R. pr. Oktbr. 23¹ R. b., pr. Novbr. 20¹ R. b., pr. Dezbr. 21 R. b. pr. 8000 Pfds. mit Übernahme der Gebinde à 1¹ R. pr. 100 Quart.

Rübenspiritus fest. Loko 21¹ R. b., pr. Oktbr. 21 R. (Magdeburg, Btg.)

Bromberg, 10. Oktbr. Wind: SW. Witterung: Trübe. Morgens

4° Wärme. Mittags 8° Wärme.

Weizen 124—128 Pfds. holl. (81 Pfds. 6 Rth. bis 83 Pfds. 24 Rth. Bollg. nicht) 94—100 Thlr. 129—131 Pfds. holl. (84 Pfds. 14 Rth. bis 85 Pfds. 13 Rth. Bollg. nicht)

Roggen 118—122 Pfds. holl. (77 Pfds. 18 Rth. bis 80 Pfds. 16 Rth. Bollg. nicht)

Rüben, Erbsen, Gerste und Hafer ohne Umzug.

Spiritus 24 Thlr. p. 8000% Cr. (Bromb. Btg.)

Hopfen.

Nürnberg, 8. Oktbr. Seit dem Donnerstag. Markte hat kaum eine Aenderung im Hopfengeschäft stattgefunden. Die Blauheit, andauerndes Regenwetter und weidende Preise scheinen die Befüllungen verhindert zu haben, so daß täglich kaum 150—200 Ballen im Verkehrs standen. Die heutige Befüllung verlor sich zu 50—54 gemacht, und war die geringe Befüllung bis Mittag großtheils vergriffen. Eine Preisänderung seit Donnerstags-Markt

Saaz, 2. Oktbr. Während von vielen Produktionsorten ein Preisabschlag gemeldet wird, haben sich bei uns — vorzugsweise in guten Qualitätsarten — die Preise gehalten, denn Prima varia ist nur sehr gemindert, und ist Stadtmauer bis heute mit 145—149 R. bezahlt worden. Durch die Halle gingen 774 Ballen Stadt, 491 Bezirk, 407 Ballen Kreishopfen.

Hagenau, 4. Oktbr. Die Verkäufe der letzten 8 Tage waren nicht vortheilhaft für unsere Pflanzer. Die Käufer wollten den Preis von 125 Pfds. nicht übersteigen, und sind sogar Verträge zu 120 Pfds. abgeschlossen worden. Die entmutigten Pflanzer entscheiden sich nacheinander, einen Theil ihrer Ernte loszuschlagen. (B. S. B.)

Telegraphische Börsenberichte.

Köln, 10. Oktbr., Nachmittags 1 Uhr. Regen. Weizen flau, loko 10, 7¹ R. pr. November 9, 8, pr. März 9, 10. Roggen niedriger, loko 8, 5 R. pr. November 7, 23, pr. März 7, 23. Rübböhl unverändert, loko 13¹ R. pr. Oktober 13¹, 20, pr. Mai 13¹, 20. Leinöl fest, loko 13¹ R. Spiritus loko 27¹.

Hamburg, 10. Oktbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt. Weizen loko fest, auf Termine Anfangs fester, pr. Oktbr. 5400 Pfds. netto 181 Bantohaler Br., 180¹ Gd. pr. Oktbr. 178¹ R. Roggen loko sehr rubig, pr. Oktbr. 5000 Pfds. Brutto 133¹ R. 133 Gd. pr. Oktbr. 120 R. 129 Gd. Hafer unverändert fest. Rübböhl still, loko 24, pr. Oktober 24, pr. Mai 25¹. Kaffee ruhig. Sink fest.

Paris, 10. Oktbr., Nachmittags. Rübböhl pr. Oktbr. 99, 50 R. Novbr.-Dezbr. 99, 50, pr. Januar-April 99, 50. Mehl pr. Oktbr. 88, 60 R. pr. Novbr.-Dezbr. 88, 50. Spiritus pr. Oktbr. 67, 00.

Amsterdam, 10. Oktbr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen loko behauptet, 298 à 295.

Antwerpen, 10. Oktbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Petroleum-Markt. (Schlußbericht.) fest. Kaffin, Type weiß, loko 58, pr. Oktbr. 57¹